

Abgeordnete in einem vergessenen Parlament

Die kurhessischen und waldeckischen Mitglieder des Erfurter Unionsparlaments von 1850

Jochen Lengemann

1.

Einleitung

Am 28. März 1849 nahm die Frankfurter Nationalversammlung die weder in den gesetzlichen Grundlagen ihrer Einberufung noch in der von ihr beschlossenen Verfassung begründete Kompetenz zur Wahl eines Kaisers für sich in Anspruch. Von 538 Abgeordneten stimmten 290 für König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen; 248 enthielten sich ihrer Stimme.

Unmittelbar nach der Kaiserwahl beschloß die Nationalversammlung, Friedrich Wilhelm IV. durch eine Deputation „ehrfurchtsvoll einzuladen, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Verfassung anzunehmen“. Die Abgeordneten, an ihrer Spitze Präsident *Eduard (von) Simson*, wurden am 3. April 1849 vom König empfangen, der in seiner Antwort die Wahl nicht direkt ablehnte, sondern betonte, daß sie ihm ein „Anrecht“ gegeben habe, dessen Wert er zu schätzen wisse, daß er das Kaisertum jedoch nicht „ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, der Fürsten und freien Staaten Deutschlands“ übernehmen könne, was in gemeinschaftlichen Beratungen zu prüfen sei.

Die Deputation der Nationalversammlung verstand dies als Ablehnung und gab dieser Überzeugung am folgenden Tag in einer scharf formulierten Erklärung Ausdruck. Was darauf in Frankfurt geschah, wo man das Ende des Mai 1849 als Endpunkt aller Bemühungen um eine Einigung auf der Grundlage der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung sehen muß, und darauf in Stuttgart, wo ein sogenanntes Rumpfparlament weiter tagte, kann hier nicht erörtert werden. Wohl aber bleibt festzuhalten, daß die preußische Regierung am 28. April 1849 die Frankfurter Verfassung endgültig ablehnte und die anderen deutschen Staaten zu neuen Verhandlungen über die politische Neugestaltung Deutschlands einlud. Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg folgten scheinbar ohne Vorbehalte der Einladung, während Berlin gleichzeitig versuchte, die österreichische Regierung für die Lösung der deutschen Frage auf dem Wege der Verhandlungen aller deutschen Regierungen zu gewinnen. Österreich ging darauf jedoch nicht ein und stärkte den besonders in Bayern und Württemberg innerhalb der Regierungen schon von Anfang an vorhanden gewesenen Widerstand dagegen, so daß schließlich am 26. Mai 1849 nur Preußen, Sachsen und Hannover sich im sogenannten *Dreikönigsbündnis* verpflichteten, gemeinsam für die Verwirklichung einer „den Bedürfnissen der Zeit und den Grundsätzen der Gerechtigkeit“ entsprechenden Reichsverfassung sowie für die Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands einzutreten. Die Leitung der gemeinschaft-

lichen Politik wurde – zunächst für ein Jahr – Preußen übertragen. Das Bündnis der drei Könige stand allen deutschen Staaten zu Beitritt offen.

Die Partner des Dreikönigsbündnisses vom 26. Mai 1849 verständigten sich zwei Tage später auch auf den „Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs“¹. Dieser entsprach in vielen Bestimmungen den in der Frankfurter Nationalversammlung beratenen Regelungen, wie sie dann auch Eingang in die nie wirksam gewordene Verfassung vom 28. März 1849² gefunden hatten.

Weitere 27 der 39 Mitglieder des faktisch nicht mehr existenten Deutschen Bundes traten dem bald *Union* genannten Bündnis bei – einige davon nur vorübergehend. Dessen vorläufige formelle Leitung übernahm der sog. Verwaltungsrat, ein Gesandtenkongreß der Mitgliedsstaaten, der ab Juni 1849 in Berlin tagte. Sein für die Verfassungsberatungen der Union wichtigster Beschluß war die „Additionalakte zu dem Entwurf der Verfassung des Deutschen Reichs“ vom 26. Februar 1850³, die bedeutsame Änderungen des Verfassungsentwurfs für die Zeit enthielt, in der nicht alle der im § 67 des Verfassungsentwurfs genannten Staaten der Reichs-Verfassung beigetreten waren. So wurde durch die Additionalakte vorab der Begriff „Deutsches Reich“ durch den der „Deutschen Union“ ersetzt.

Nach dem Unions-Statut waren zur Beratung und Beschlußfassung über den Verfassungs- und einen Wahlgesetz-Entwurf für die Wahl der Abgeordneten des Volkshauses⁴ entsprechend den Bestimmungen dieser Entwürfe – als ob sie schon in Kraft getreten wären – der „Reichstag“, nach Artikel I der Additionalakte nur noch „Parlament der Deutschen Union“, umgangssprachlich dann kurz „Deutsches Parlament“ genannt, bestehend aus Staatenhaus und Volkshaus, zu wählen.

Dabei waren nach § 86 des Verfassungsentwurfs die Mitglieder des Staatenhauses je zur Hälfte von den Regierungen und von den Volksvertretungen der Unionsstaaten zu „ernennen“. Soweit nur ein Mitglied auf einen Unionsstaat entfiel, war dies aus einem Dreier-Vorschlag der Regierung von der Volksvertretung des betreffenden Mitgliedsstaats mit absoluter Mehrheit zu wählen; Staaten, auf die eine ungerade Mitgliederzahl entfiel, hatten ihre Staatenhausabgeordneten ebenfalls hälftig durch die Volksvertretungen zu wählen und durch die Regierungen zu ernennen und ihren letzten Vertreter dann nach der Bestimmung für die Wahl in Staaten mit nur einem Staatenhausmitglied zu bestimmen⁵. Nach dem „Entwurf eines Gesetzes betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause“ waren in jedem Staat für die Volkshauswahlen „Wahlkreise von je 100 000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden“; kleinere Staaten von wenigstens 50 000 Seelen bildeten ebenfalls je einen Wahlkreis, während Staaten, deren Bevölkerung weniger als 50 000 Einwohner umfaßte, mit einem anderen Staate „nach Maßgabe der Reichsmatrikel“ zur Bildung eines Wahlkreises zusammengelegt wurden⁶.

Nach diesen Bestimmungen entsandten Kurhessen⁷ und Waldeck⁸ insgesamt 17 Vertreter ins Deutsche Parlament, und zwar acht ins Staatenhaus und neun Abgeordnete ins Volkshaus; davon entfielen alle mit Ausnahme je eines Abgeordneten im Staaten- wie im Volkshaus, die Waldeck zu wählen hatte, auf Kurhessen. Die Volkshauswahlen erfolgten nach den wahlrechtlichen Bestimmungen in einem indirekten Dreiklassenwahlrecht ähnlich dem, wie es ab den fünfziger Jahren dann auch in Preußen galt⁹. Zur Volkshauswahl wurde Kur-

hessen in acht Wahlkreise eingeteilt, während Waldeck für sich einen weiteren Wahlkreis bildete.

Die ab Ende 1849 bis in den März 1850 zu unterschiedlichen Terminen durchgeführten Wahlen zum Unionparlament führten zu einer Mehrheit der sogenannten „Gothaer“ oder „Bahnhofspartei“, des aus ehemals rechtem und linkem Zentrum der Nationalversammlung bei einer Versammlung im Gothaer Bahnhof gebildeten kleindeutschen Blocks und seiner Anhänger; er konnte auf etwa 120 der 222 gewählten Mitglieder des Volkshauses und auf eine Zweidrittelmehrheit im Staatenhaus zählen. *Friedrich Daniel Basser-
mann, Hermann von Beckerath, Ludolf Camphausen, Heinrich von Gagern,
Friedrich Harkort, Eduard von Simson und Wilhelm Wippermann* waren die führenden Vertreter dieser Richtung im Volkshaus; *Rudolf von Auerswald, Friedrich Christoph Dahlmann* und *Heinrich von Sybel* führten die Abgeordneten-
gruppe der „Gothaer“ im Staatenhaus an. Die Minderheit in beiden Häusern bildeten die sogenannten Hochkonservativen. Im Volkshaus zählten zu ihren prominenten Vertretern *Otto von Bismarck-Schönhausen, Leopold von Gerlach* und *Friedrich Julius von Stahl*, im Staatenhaus besonders Bismarcks damaliger politischer Intimfreund *Hans Hugo von Kleist-Retzow*; der Opposition gehörten auch die meisten katholischen Abgeordneten, unter ihnen als einer der Wortführer *August Reichensperger*, an.

In Kurhessen und Waldeck führten die Wahlen zur Entsendung folgender Abgeordneter ins Unionsparlament:

Staatenhaus :

1. Kurhessen

1.1. Gemäß § 86 des Verfassungsentwurfs von der Regierung ernannt:

Carl Freiherr von Eschwege
Carl Freiherr Waitz von Eschen
Dr. jur. Wilhelm (von) Wetzell

1.2. Gemäß § 86 des Verfassungsentwurfs von der Volksvertretung ernannt:

Wilhelm Duysing
Franz Pfeiffer
Dr. phil. Heinrich von Sybel

1.3. Gemäß § 87 des Verfassungsentwurfs auf Vorschlag der Regierung von der Volksvertretung gewählt:

Christian Philipp von Roques

2. Waldeck

Gemäß § 87 des Verfassungsentwurfs auf Vorschlag der Regierung von der Volksvertretung gewählt:

Dr. med. Louis W. Marc

Volkshaus :

1. Kurhessen

1. Wahlkreis (Kassel): Dr. jur. Wilhelm Freiherr Schenck zu Schweinsberg

2. Wahlkreis (Eschwege):	Friedrich Nebelthau
3. Wahlkreis (Rotenburg):	Dr. jur. Friedrich Pfeiffer
4. Wahlkreis (Fritzlar):	Heinrich Henkel
5. Wahlkreis (Marburg):	Wilhelm Uloth
6. Wahlkreis (Fulda):	Justus Rang
7. Wahlkreis (Hanau):	Bernhard Eberhard
8. Wahlkreis (Rinteln):	Dr. jur. Wilhelm Wippermann

2. Waldeck

Einzigster Wahlkreis: Wolrad Schumacher

Mit Beschluß des Verwaltungsrats vom 13. Februar 1850 wurden beide Häuser des Parlaments nach Erfurt einberufen¹⁰. Vom Ansinnen der preußischen Regierung, die Sitzungen in der Augustiner-Kirche durchzuführen, war deren Presbyterium zunächst „unangenehm überrascht“; nach der Zusicherung, daß der preußische Staat ab 15. März 1850 die Feuerversicherung des Kirchengebäudes übernehme und die Kirche im Bereich des für das Volkshaus vorgesehenen Teils für Gottesdienste zur Verfügung stehe, wenn keine Sitzungen des Parlaments stattfänden, erklärte die Kirchengemeinde jedoch ihr Einverständnis zur Nutzung der Kirche als Sitzungslokal des Parlaments¹¹.

Der erste Sitzungstag, der 20. März 1850, begann mit Eröffnungsgottesdiensten für die evangelischen Abgeordneten in der Barfüßer-Kirche und für die Katholiken in der Wigberti-Kirche¹²; die formelle Eröffnung fand für beide Häuser gemeinsam mit der Eröffnungsadresse des Kommissars des Verwaltungsrats, des preußischen Generals und späteren Außenministers *Joseph Maria von Radowitz*, im „Sitzungssaal des Regierungs-Gebäudes“, dem großen Saal der Mainzer Statthaltereie am Regierungsplatz, um 10 Uhr statt.

Um 12 Uhr gleichen Tags versammelten sich beide Häuser unter dem Vorsitz der jeweiligen Alterspräsidenten – *Friedrich Eichhorn*¹³ im Staatenhaus, *Leopold Wolf Sylvius Graf von Frankenberg-Ludwigsdorf*¹⁴ im Volkshaus – getrennt zu ihren konstituierenden Sitzungen in der Augustiner-Kirche. Das Staatenhaus wählte noch in seiner ersten Sitzung am 20. März den von der 1. Preußischen Kammer gewählten Abgeordneten *Rudolf von Auerswald*¹⁵ zu seinem Provisorischen Präsidenten, bestätigte ihn am 21. März endgültig und wählte ihn am 18. April wieder. Das Volkshaus tagte ab seiner Wahl am 25. März und Wiederwahl am 20. April 1850 unter dem Vorsitz *Eduard (von) Simsons*¹⁶, der den 9. Preußischen Wahlkreis: Stadt- und Landkreis Königsberg in Erfurt vertrat.

Sechs Wochen lang beriet das Unionsparlament die ihm vorgelegten Verfassungs- und Gesetzentwürfe und beschloß sie in am 27. April 1850 von beiden Präsidenten beglaubigten Fassungen¹⁷.

Mit am 29. April 1850 in jedem Hause getrennt verlesener Botschaft des Verwaltungsrats erachtete dieser die Tätigkeit des Parlaments „als zur Zeit beendet“ und erklärte es „im Namen der verbündeten Regierungen ... für geschlossen“¹⁸.

Waren die Vertreter deutscher historischer Landschaften in der Frankfurter Nationalversammlung – z. B. Thüringens und der Provinz Sachsen – schon mehrfach Gegenstand wissenschaftlicher Erforschung¹⁹, so ist das Unionsparlament bisher in seiner personellen Zusammensetzung weder allgemein noch

in Bezug auf die Abgeordneten einzelner Staaten erforscht worden²⁰, obwohl es ebenso wie die Frankfurter Nationalversammlung nicht an sich selbst, sondern an allgemeinpolitischen Prioritäten, letztlich der Machtfrage, gescheitert ist, wobei nicht verkannt wird, daß es sich im politisch-populären Impetus mit Frankfurt kaum vergleichen läßt.

Nachdem aber auch die innere Entwicklung des deutschen Parlamentarismus und sein Personal verstärkt erforscht werden²¹, soll mit der Erfassung und der Erarbeitung kurzer Biographien der Abgeordneten, die Kurhessen und Waldeck nach Erfurt entsandt haben, ein weiterer Baustein zu einem „Biographischen Handbuch des Deutschen Parlaments 1850“ erstellt werden.

2.

Biographien der Abgeordneten

Duysing, Wilhelm

Geb. 19. September 1796 Marburg an der Lahn, gest. 21. August 1855 Kassel; ev.-ref. VATER: Johann *Dietrich* Wilhelm Duysing, Professor und Lehrer, Rektor des Paedagogiums. MUTTER: Anna Christiane Riemenschneider. EHESCHLIESSUNG: 1825 mit Cornelia Elisabeth Wörndel.

1835–1848 Mitglied der Direktion der Landes-Kredit-Kasse zu Kassel. 1837 Finanzrat. 1843 Geheimer Finanzrat und außerordentlicher Referent im kurhessischen Finanzministerium. 1846–1855 Mitglied der Staatswirtschaftlichen Prüfungskommission. 1848–1851 Geheimer Regierungsrat (Vortragender Rat) im kurhessischen Innenministerium; 1848 auch Landtagskommissar. 1850–1855 Direktor der Leih- und Commerzbank in Kassel. 1851–1855 Geheimer Ober-Finanzrat (Vortragender Rat) im kurhessischen Finanzministerium. 1854–1855 Mitglied der Kommission für Handels- und Gewerbeangelegenheiten zu Kassel.

Kgl. Preußischer Roter Adlerorden 3. Klasse.

Mitglied des Staatenhauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurahessen – vom Landtag gewählt²³). – Schriftführer des Staatenhauses vom 21. März bis 29. April 1850²³.

Quellen: Stahr, Kurt: Marburger Sippenbuch 1500–1850. O.O. 1950 ff., hier: Band 9, S. 97 f.; Kurhessische Staatshandbücher 1835–1855; Losch, Philipp: Die Abgeordneten der Kurhessischen Ständeversammlungen. Marburg i.H. 1909, S. 19.

Eberhard, Johann *Bernhard*

Geb. 6. April 1795 Schlüchtern, gest. 29. Februar 1860 Hanau; ev.-ref. VATER: Andreas Ludwig Eberhard, Pfarrer in Schlüchtern. MUTTER: Marianne Toussaint. EHESCHLIESSUNG: 2. November 1818 in Hanau mit *Marie Anne Caroline Col(l)in* (3. Januar 1792 Hanau – 3. September 1871 Hanau), Tochter eines Bijoutiers.

Zunächst Unterricht durch den Vater, erster Schulbesuch in Schlüchtern; Gymnasium in Schlüchtern. 1811–1812 Studium der Rechtswissenschaften in Marburg an der Lahn, 1812 wegen des Studienzangs im Großherzogtum Frankfurt an der Rechtsschule in Wetzlar, dann in Gießen und nach den Befreiungskriegen wieder in Marburg. 7. Januar 1817 Hofgerichtsadvokat und Prokurator im Fürstentum Hanau. 27. Januar 1822 Obergerichtsanwalt und Staatsanwalt in der Provinz Hanau; 14. Juni 1826 gleichzeitig Notar. 1. Juli

1827 (bis zum Tode) auch Rechtskonsulent des Landgrafen Friedrich von Hessen-Rumpenheim und seiner Familie. 1827 Wahl zum Bürgermeister von Alt- und Neu-Hanau, 5. Mai 1828 Amtsantritt; 1832 Oberbürgermeister, ab 1833 der vereinigten Stadt Hanau. 11. März 1848 bis 22. Februar 1850 Provisorischer Vorstand des Kfstl. Hessischen Ministeriums des Innern (zunächst mit dem Titel Regierungs-, ab 14. September 1848 mit dem Titel Staatsrat). 8. September 1848 und 18. August 1849 während Abwesenheit des Ministerialvorstands mit der Vernehmung des Finanzministeriums, 23. November 1848 aus dem gleichen Grund mit der Vernehmung des Justizministeriums beauftragt. 1850 War-testand unter Fortzahlung der Bezüge. 1850 Wahl in den Kasseler Stadtrat; landesherrliche Genehmigung hierfür versagt. Ab Sommer 1851 wieder in Hanau wohnhaft.

Ehrenbürger der Stadt Kassel (4. Mai / 10. Juni 1850).

Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung vom 16. Oktober 1830 bis 26. Juli 1832 (Deputierter für Hanau/Bockenheim und Windecken bzw. WK Stadt Hanau), vom 11./20. November 1833 bis 17. November 1846 (Vertreter des Abg. August Freiherr Waitz von Eschen bzw. WK Stadt Hanau) und vom 11. Juli 1849 bis 2. September 1850 (WK der Höchstbesteuerten des Bezirk Kassel bzw. WK der Höchstbesteuerten des Bezirk Eschwege).

Mitglied des Volkshauses des deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurhessen: 7. Wahlkreis [Hanau]).

Quellen: Kirchenbuch (fortan: KB) Hanau (Wallonische Gemeinde); Gesamthochschulbibliothek Kassel – Landesbibliothek und Murhardsche Bibliothek der Stadt Kassel, Best. Philipp Losch, (handschriftliche) Personenkartei (fortan: Losch-Kartei); ADB Bd. 5, S. 564–566; Birt, Theodor: *Catalogi studiorum Marpurgensium cum annalibus coniuncti ...* Marburg 1888–1994, S. 504; Höffner, Harald: *Kurhessens Ministerialvorstände der Verfassungszeit 1831–1866*. Diss. phil. Gießen 1981, S. 122–127; Klein, Thomas: *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945*, Reihe A, Band 11 (fortan: Klein, Grundriß). Marburg (Lahn) 1979, S. 57; Losch, aaO, S. 19; Spielmann, Karlheinz: *Ehrenbürger und Ehrungen in Geschichte und Gegenwart. Eine Dokumentation zur deutschen und mitteleuropäischen Geschichte*. 3. Auflage. Zwei Bände. Dortmund 1967, S. 441; *Auskünfte des Hessischen Staatsarchivs Marburg* (Armin Sieburg) und des Stadtarchivs Hanau.

Freiherr von Eschwege, Carl Ludwig Ernst

Geb. 22. Mai 1789 Allendorf a.d. Werra, gest. 15. September 1857 Reichensachsen; ev.-ref. VATER: Johann Friedrich Ludwig Freiherr von Eschwege, Kfstl. Hessischer Oberstleutnant. MUTTER: *Charlotte* Antoinette Friederike Wilhelmine von Bardeleben. EHESCHLIESSUNG: 29. Januar 1817 in Kloster Haina mit *Henriette* Auguste Charlotte Wilhelmine von Boyneburgk (13. September 1789 Rosenthal – 5. Januar 1846 Reichensachsen), Tochter eines Kfstl. hessischen Majors, Obervorstehers zu Haina. – Der Sohn *Carl Freiherr von Eschwege* (1826–1890) war von 1865 bis 1866 Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung und von 1886 bis 1890 Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel und damit auch des Provinziallandtags der Provinz Hessen-Nassau.

Herr auf Reichensachsen, Aue und Oberhone.

8. April 1806 Studium in Marburg. – Rittergutsbesitzer in Reichensachsen. – Teilnehmer am Dörnbergischen Aufstand.

Ritterschaftlicher Ober-Vorsteher. – Kammerherr.

Mitglied des Hessen-Kasselischen Landtags von 1815/16 und der Kurhessischen Ständeversammlung vom 16. Oktober 1830 bis 1. Oktober 1848 (WK der

Ritterschaft des Werrastroms bzw. Abgeordneter als einer der Obervorsteher der Stifte Kaufungen und Wetter) und vom 3./16. Juli 1852 bis 15. September 1857 (1. Kammer: als einer der Obervorsteher der Stifte Kaufungen und Wetter).

Mitglied des Staatenhauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurfürsten – vom Kurfürsten ernannt²⁴).

Quellen: Genealogisches Handbuch des Adels (fortan: GHdA), Gesamtreihe, Bd. 22, S. 337; Jahrbuch des deutschen Adels Bd. 1 (1896), S. 599 f.; Birt, aaO, S. 492; von Buttlar-Elberberg, Rudolf: Stammbuch der althessischen Ritterschaft. Wolfhagen 1888, Familie von Eschwege Tafel II und Familie von Boyneburgk Tafel II; Grebe, Hermann: Carl Ludwig Ernst von Eschwege zu Reichenachsen (1789–1857). Kurhessischer Kammerherr und ritterschaftlicher Obervorsteher des adeligen Stiftes Kaufungen und Wetter. In: ZHG, Bd. 98 (1993), S. 209–214; Klein, Thomas: Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867–1945. (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 70; fortan: Klein, Beamte). Darmstadt und Marburg 1988, S. 118; Losch, aaO, S. 21; Auskünfte des Hessischen Staatsarchivs Marburg (Dieter Pelda und Armin Sieburg).

Henkel, Heinrich Ludwig Michael

Geb. 9. Januar 1802 Schmalkalden, gest. 26. Juni 1873 Kassel, ev.-luth.²⁵
VATER: Johann Ludwig Henkel, Bergrat und Oberschultheiß, später Justizbeamter in Jesberg. MUTTER: *Barbara* Christina Möller. EHESCHLIES-
SUNGEN: 1. 8. April 1827 in Marburg mit *Christiana* Magdalena Philippina Bezenberger (21. März 1808 Marburg – 12. Juni 1830 Marburg), Tochter eines Registrators, späteren Regierungs- und Konsistorialsekretärs.; 2. zwischen 1. und 7. April 1836 in Kassel mit Louise Marie Sophie Rauschenbusch (zwischen 23. und 19. Mai 1817 Kassel – ?), Tochter eines Bauconductors.

1817 Abitur in Marburg. 1817–1822 Studium der Rechtswissenschaften in Marburg an der Lahn; Mitglied und Sprecher der Burschenschaft Germania. 1823–1825 Advokat in Kirchhain; 1825–1830 Obergerichtsanwalt in Marburg. 1830 Privatdozent in Marburg. 1834–1873 Obergerichtsanwalt in Kassel. 1860 Wahl in den Stadtrat von Kassel; landesherrliche Genehmigung versagt. 1868 Notar.

Herausgeber der „Kurhessischen Volkszeitung“. Teilnehmer am Frankfurter Vorparlament. Erbkaiserlicher. 1850 Engagement im kurhessischen Verfassungskampf; 1850–1851 wegen öffentlichen Auftretens gegen die kurhessische Regierung („Anreizung zum Ungehorsam und zur Unzufriedenheit“) zu einem Jahr und 10 Monaten Festungshaft verurteilt; Strafe in Spangenberg verbüßt. 1864 erneut zu acht Wochen Festungshaft verurteilt; wegen der Annexion Kurhessens kein Strafantritt mehr.

Justizrat (1870). – Ehrenbürger der Städte Kassel (21./26. Mai 1873), Marburg und Hofgeismar. – Roter Adlerorden IV. Klasse (1873).

Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung vom 2. Februar/8. März 1833 bis 6. April 1835, 28. November/9. Dezember 1845 bis 2. September 1850 und vom 5./13. Juli 1858 bis 18. Juni 1866 (WK Frankenberg bzw. Hofgeismar bzw. der Höchstbesteuerten im Bezirk Kassel, schließlich wieder WK Hofgeismar).

Mitglied der Deutschen Nationalversammlung vom 18. Mai 1848 bis 27. Juli 1848 (Kurhessen: 4. Wahlkreis [Fritzlar]; Fraktion Württemberger Hof [WH]) und vom 7. März 1849 bis 30. Mai 1849 (Kurhessen: 1. Wahlkreis [Kassel]; WH).

Mitglied des Volkshauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurfürstentum: 4. Wahlkreis [Fritzlar]).

Quellen: Stahr, Bd. 2, S. 132, und Bd. 12, S. 14; Losch-Kartei; ADB, Bd. 11, S. 756–760; Birt, aaO, S. 521; Koch, Reinhard (Hrsg.): Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handlexikon der Abgeordneten der deutschen verfassungsgebenden Reichs-Versammlung. Im Auftrag der Arbeitsgruppe Paulskirche bearbeitet von Patricia Stahl unter Mitwirkung von Roland Hoede, Leonie Krämer und Dieter Skala. Kelkheim 1989, S. 209; Losch, aaO, S. 27; Schwarz, Max: MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage. Hannover 1965, S. 66; Spielmann, aaO, S. 442; Thiele, Helmut: Einwohner und Familien der Stadt Kassel. 13 Bde. Kassel. 1986; hier: Bd. 1, S. 327; Bd. 4, S. 188; Bd. 7, S. 339; Wannagat, Georg (Hrsg.): Kassel als Stadt der Juristen (Juristinnen) und Gerichte in ihrer tausendjährigen Geschichte. Köln, Berlin, Bonn, München 1990, S. 428 f.; Auskunft des Hessischen Staatsarchivs Marburg (Armin Sieburg).

Dr. med. Marc, Ludwig Wilhelm (*Louis*)

Geb. 25. Mai 1796 Arolsen, gest. 16. Januar 1857 Arolsen; mosaisch, 7. Juli 1808 ev.-luth. getauft. VATER: Isaak (nach der Taufe: Heinrich Wilhelm) Marc, Kfstl. Hessischer Finanzrat. MUTTER: Gelchen Levi (nach der Taufe: Marianne Leonhardi) aus Gotha. EHESCHLIESSUNG: 30. September 1821 in Arolsen mit Juliane (*Julia*) Eleonora Mark, (seit 1820) geschiedene Graepel (Gröpel), (13. März 1796 Bamberg – 16. März 1865 München), Tochter des ehemaligen Kriegskommissars (Zahlmeisters) der waldeckischen Truppen in Amerika, New Yorker Kaufmanns (Fa. Philip Mark & Sterlitz [Stieglitz]) und späteren amerikanischen Konsuls für Franken (1794 von Präsident Washington ernannt) und Kaufmanns in Bamberg, Philipp Mark (1739–1810), und seiner Ehefrau Franziska (*Fanny*) Mark (1770–1841).

1809–1811 Gymnasium in Korbach. Studium der Medizin; Promotion. Lebte zunächst als Kaufmann und Bankier in Arolsen. Kurator in der Debitsache der Fürstin Christiane. Seit 1837 Mitglied der Generalarmendirektion. 1844 Kassenführer der Arolser Sparkasse. 5. Januar 1849 Ober-Vorsteher der Mildten Stiftungen in Arolsen. Gründer des Landkrankenhauses in Arolsen.

Finanzrat (1840).

Mitglied des Staatenhauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Waldeck – vom Landtag auf Vorschlag der Regierung gewählt²⁶).

Quellen: StA Marburg Best. 135 Nr. 1246; Heidsieck, Alfred: Stammtafeln der Familie Marc aus Arolsen. MS. Bückeburg 1934. Tafeln 3 und 31; Nicolai, Helmut: Arolsen. Lebensbild einer deutschen Stadt (fortan: Nicolai, Arolsen). Glücksburg 1954, S. 277, 331–337; Nicolai, Helmut: Staat, Behörden und Beamte in Waldeck 1814–1868 (fortan: Nicolai, Staat). In: Geschichtsblätter für Waldeck (fortan: GBllWaldeck), 48. Bd. 1956, S. 104 f.; Stoecker, Hilmar-G.: Schülermatrikel des Landesgymnasiums in Korbach, 1. Teil (fortan: Stoecker, Matrikel 1). Korbach 1977, S. 143 (Nr. 1642).

Nebelthau, Friedrich August Wilhelm

Geb. 22. Januar 1806 Kassel, gest. 31. Juli 1875 Kassel, ev.-ref. VATER: Johann *Jacob* Nebelthau, Oberpostmeister in Kassel. MUTTER: Tamina Rösing. EHESCHLIESSUNG: 4. November 1832 in Marburg mit *Ida* Gertrude Margarethe Neumüller (28. Mai 1808 Marburg – 3. Mai 1884 Kassel), Tochter eines herrschaftlichen Erbbeständers und Konduktors im Schwanhof in Marburg.

Zunächst in der Landwirtschaft tätig. Gymnasium in Kassel. 1823–1825 Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen, 2. Mai 1825–5. September 1826 in Marburg an der Lahn; 24. Februar 1827 Fakultätsexamen; Rechtspraktikant

am Stadtgericht in Kassel. 1828 Obergerichtsanwalt in Kassel; 1841 zusätzlich Übernahme des väterlichen Posthalterei-amtes. 1845–1852 und 1856–1863 Beigeordneter in Kassel, ab 1848 Vizebürgermeister. 20. August 1864 einstimmig zum Oberbürgermeister gewählt; vom Kurfürsten nicht bestätigt, aber am 1. September 1864 mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt; am 28. Juni 1866 vom König von Preußen endgültig bestätigt und bis zum Tod im Amt.

Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung vom 15./22. November 1836 bis 2. September 1850 und vom 12. November 1860 bis 18. Juni 1866 (WK Hersfeld, WK Gelnhausen, WK Kassel, WK Melsungen, WK der Höchstbesteuerten des Bezirks Eschwege, WK Eschwege; 1860 bis 1862 der 2. Kammer); Präsident 1845 bis 1846 und 1860 bis 1866 (1860 bis 1862 der 2. Kammer); Vizepräsident 1847 bis 1848 und 1848 bis 1850. – Mitglied des Preußischen Herrenhauses vom 4. Dezember 1867/29. Januar 1868 bis 31. Juli 1875 (berufen auf Präsentation der Stadt Kassel).

Mitglied des Norddeutschen Reichstags und des Deutschen Zollparlaments vom 31. August 1867 bis 10. Dezember 1870 (Nationalliberaler [NL]; WK Kassel 5 [Marburg]).

Mitglied des Volkshauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurahessen 2. Wahlkreis [Eschwege]).

Quellen: Stahr, aaO, Bd. 16, S. 2 und 24; Losch-Kartei; ADB, Bd. 23, S. 348–351; Birt, aaO, S. 560; Handbuch für das Preußische Herrenhaus. Hrsg. von E. David, Direktor bei dem Herrenhause. Berlin 1911, S. 285; Haunfelder, Bernd und Klaus Erich Pollmann: Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867–1870. Historische Photographien und biographisches Handbuch (Photodokumente zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Band 2). Düsseldorf 1989, S. 236 und S. 442; Klein, Beamte, aaO, S. 181; Klein, Grundriß, aaO, S. 67 und S. 391; Losch, aaO, S. 40 f.; Schwarz, aaO, S. 195 und S. 411; Wannagat, aaO, S. 474; Auskunft des Hessischen Staatsarchivs Marburg (Armin Sieburg).

Pfeiffer, Franz Georg

Geb. 11. Januar 1784 Marburg an der Lahn, gest. 15. April 1856 Kassel; ev.-ref. VATER: Johann Jakob Pfeiffer, Professor der Theologie und Konsistorialrat in Marburg, vorher Prediger der Oberneustädter Gemeinde in Kassel. MUTTER: Lucie Rebekka Rüppel. EHESCHLIESSUNG: 12. Januar 1809 in Marburg mit *Susette Frederike Lagisse* (6. April 1787 Kassel–23. Mai 1861 Kassel), Tochter eines Sekretärs am Kommerzienkolleg in Kassel. – Der Sohn *Friedrich Pfeiffer* war Mitglied des Volkshauses des Deutschen Parlaments 1850 und der Kurhessischen Ständeversammlung von 1849 bis 1850. Der Sohn *Wilhelm Pfeiffer* (1811–1855), Papierfabrikant und Teilhaber des Bankhauses Gebr. Pfeiffer in Kassel, war dort lange Jahre Mitglied der städtischen Körperschaften. *Burchard Wilhelm Pfeiffer*, kurhessischer Landtagsabgeordneter und Landtagspräsident, ist ein Bruder Franz Pfeiffers.

Studium der Rechtswissenschaften in Marburg. 27. November 1804 Prokurator bei der Marburger Regierung; 1806 Procurator fisci. 1810 Procureur du roi in Kassel. 4. März 1814 Advocatus fisci in Kassel. 1817 Hofgerichtsrat und Mitglied der Oberrentkammer. 18. August 1821 bis 1831 Regierungsrat und Polizeidirektor in Kassel. 1831 Polizeireferent im Kurhessischen Innenministerium; 26. Oktober Geheimer Regierungsrat. 1837 Konsistorialdirektor. 1841–1844 Direktor der Landeskreditkasse in Kassel. Einjährige Krankheit. 1846–1847 Deputierter der Regierungs-Deputation in Rinteln. 17. Dezember

1847 Oberzolldirektor; 12. Oktober 1848 Direktor des Obersteuerkollegiums in Kassel; Mitglied des Kammerkollegiums, der Landeskrankenhausdirektion, der Armenpflegekommission; landesherrlicher Kommissar der Stifte Kaufungen und Wetter; Direktor der landwirtschaftlichen Prüfungskommission beim Reformierten Waisenhaus und der Brandversicherungskommission; Bevollmächtigter Kurhessens bei Grenzstreitigkeiten mit Preußen, Sachsen-Weimar-Eisenach und Waldeck. Kurhessischer Bevollmächtigter im Verwaltungsrat der auf Grund des Vertrags vom 26. Mai 1849 verbündeten Deutschen Regierungen vom 17. Juli 1849 bis 23./26. Februar 1850; von Hassenpflug zurückgerufen und zur Disposition gestellt.

Ritter des Ordens der Westphälischen Krone. – Ritter 3. Klasse des Kgl. Preußischen Roten Adlerordens. – Großkreuz 2. Klasse des Ghzgl. Sachsen-Weimar-Eisenachischen Ordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falken. – Großkreuz 3. Klasse des Sachsen-Ernestinischen Hausordens.

Mitglied des Staatenhauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurhessen – vom Landtag gewählt²⁷⁾).

Quellen: Protokollarische Verhandlungen des Verwaltungsrats ... Berlin 1849–1850; Losch-Kartei; Deutsches Geschlechter-Buch (fortan: DGB), Bd. 29, S. 499; Klein, Grundriß, aaO, S. 62; Pfeiffer, August Ludwig: Familie Pfeiffer. Kassel 1886. S. 4, 44–57, 105; Thiele, aaO, Bd. 6, S. 411; Wannagat, aaO, S. 481 f.

Dr. jur. Pfeiffer, *Friedrich Moritz Christian*

Geb. 22. Juli 1815 Kassel, gest. 12. April 1879 Bremen; ev.-ref. VATER: Abg. Franz Georg Pfeiffer, Obersteuerdirektor in Kassel, Mitglied des Staatenhauses des Deutschen Parlaments 1850. MUTTER: *Susette* Friederike Lagisse. EHESCHLIESSUNG: 18. September 1842 mit Sophie Luise Pfeiffer (14. April 1819 Marburg an der Lahn – 11. September 1875 Hamburg), Tochter des Geheimen Ober-Finanzrats Christian Pfeiffer, seiner Cousine. – Vgl. die Angaben zur Verwandtschaft bei dem Vater *Franz Pfeiffer*.

1826–1833 Besuch des Lyceum Fridericianum in Kassel. 1833–1834 Studium der Rechtswissenschaften in Marburg an der Lahn, 1834–1835 in Heidelberg, 1835–1836 in Göttingen; Herbst 1836 dort Fakultätsexamen. Referendar am Obergericht in Kassel. Mai 1842 Assessor am Obergericht in Fulda, 1845 am Obergericht in Marburg. 1847 Amtmann in Felsberg. Staatsprokurator (Staatsanwalt) in Rotenburg an der Fulda. 1850–1851 Obergerichtsrat in Fulda; 1851 Abschied aus hessischen Diensten wegen Konflikts mit Hassenpflug über die Bundesexekution gegen Kurhessen; 31. Dezember 1851 Erwerb des „Bürgerrechts mit Handlungsfreiheit“ in Bremen. 1852–1864 Obergerichtsanwalt in Bremen. 15. Juli 1864 Wahl in den Senat der Freien Hansestadt Bremen; 1865–1874 „Polizeiherr“ (Senator für Polizei- und Sanitätswesen), 1. Januar 1876–12. April 1879 Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen; 1. Januar–31. Dezember 1878 Präsident des Senats.

Mitglied des Nationalvereins und des Deutschen Juristentags. – Juristischer Experte der Konstitutionellen Partei in der Kurhessischen Ständeversammlung.

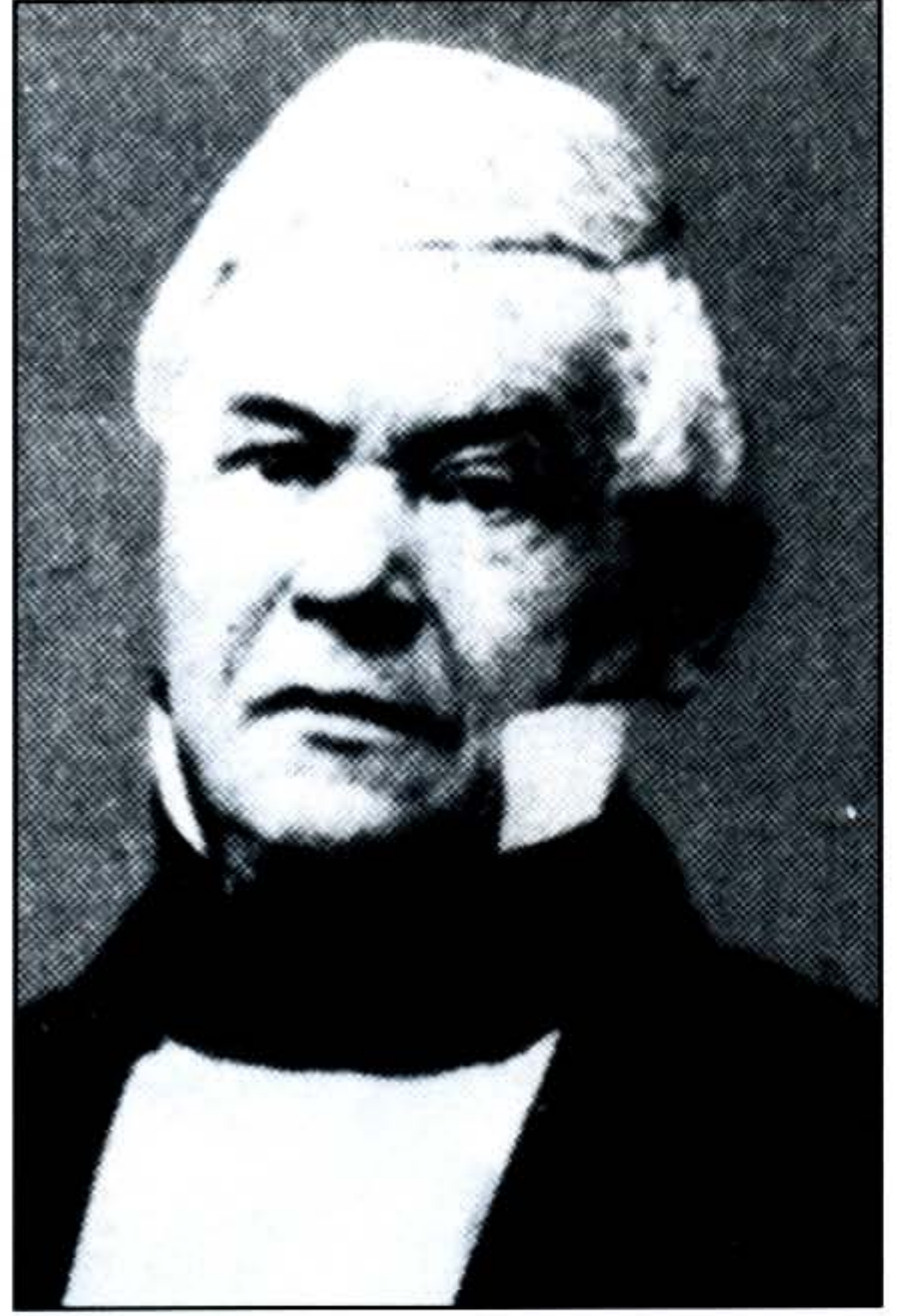
Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung vom 11./14. Juli 1849 bis 12. Juni 1850 (WK Homberg/Borken). – Mitglied der Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen (bis 1864).



Wilhelm Schenk zu Schweinsberg



von Eschwege



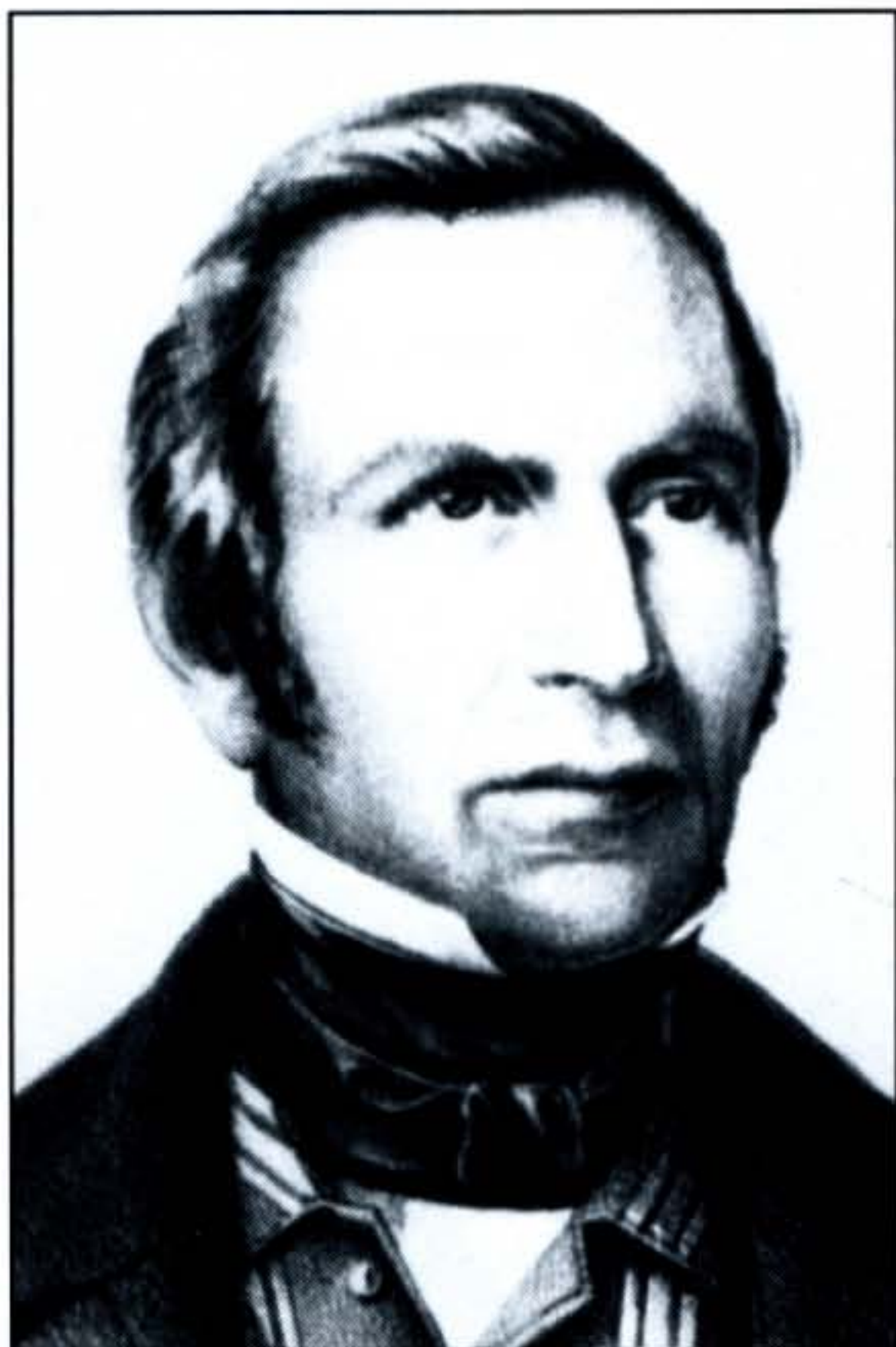
Schumacher



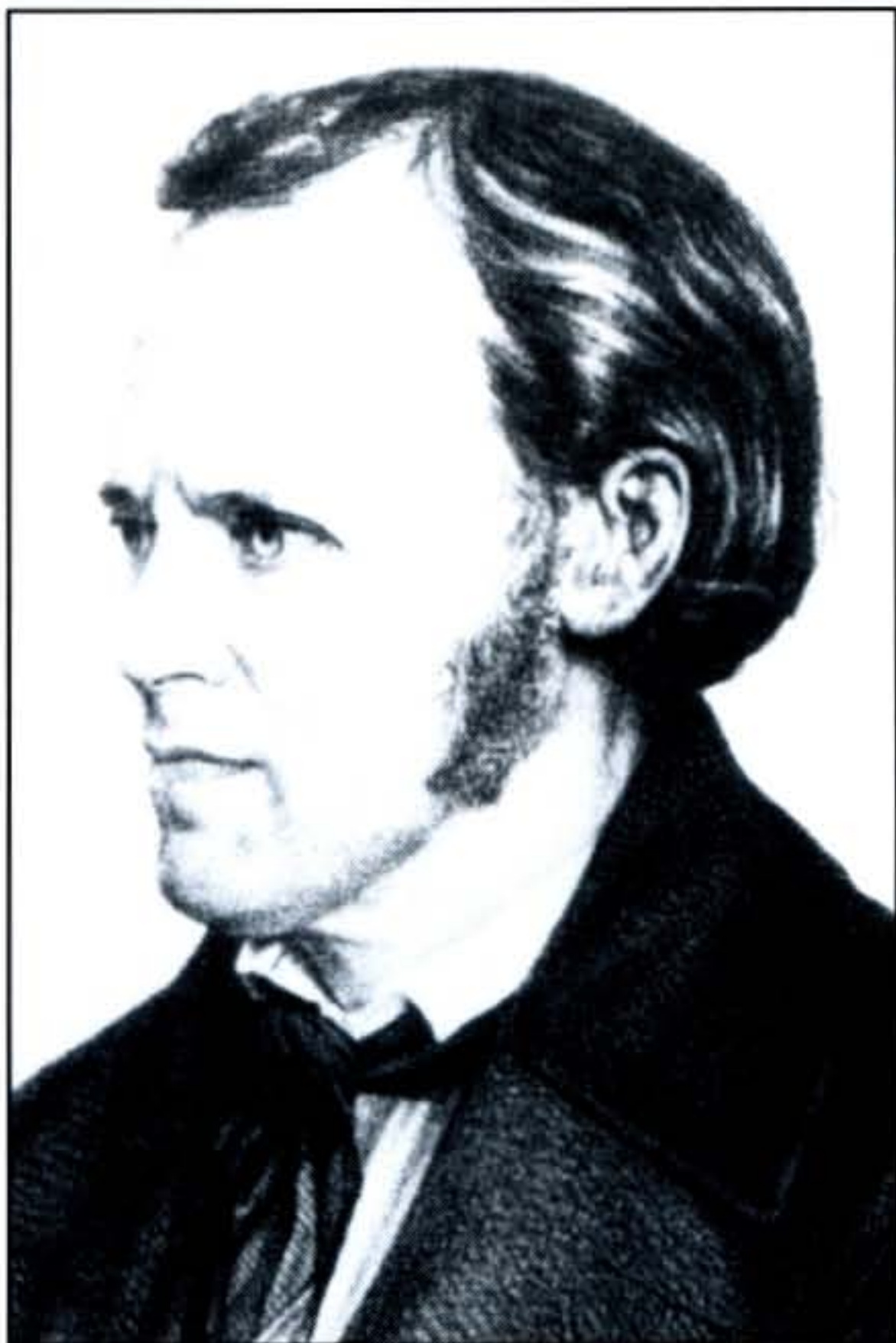
Franz Pfeiffer



Marc



Henkel



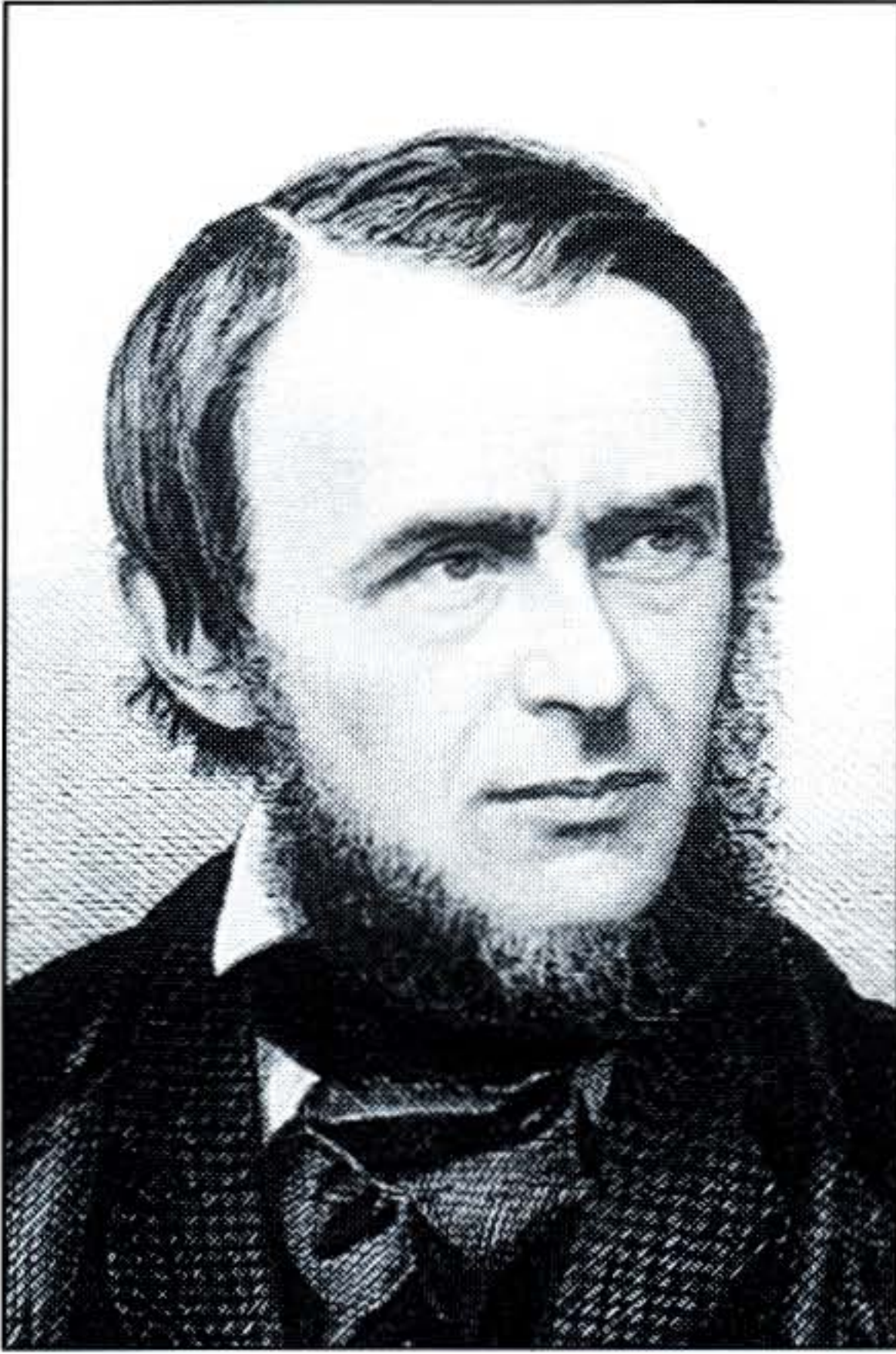
Eberhard



von Wetzell



Wippermann



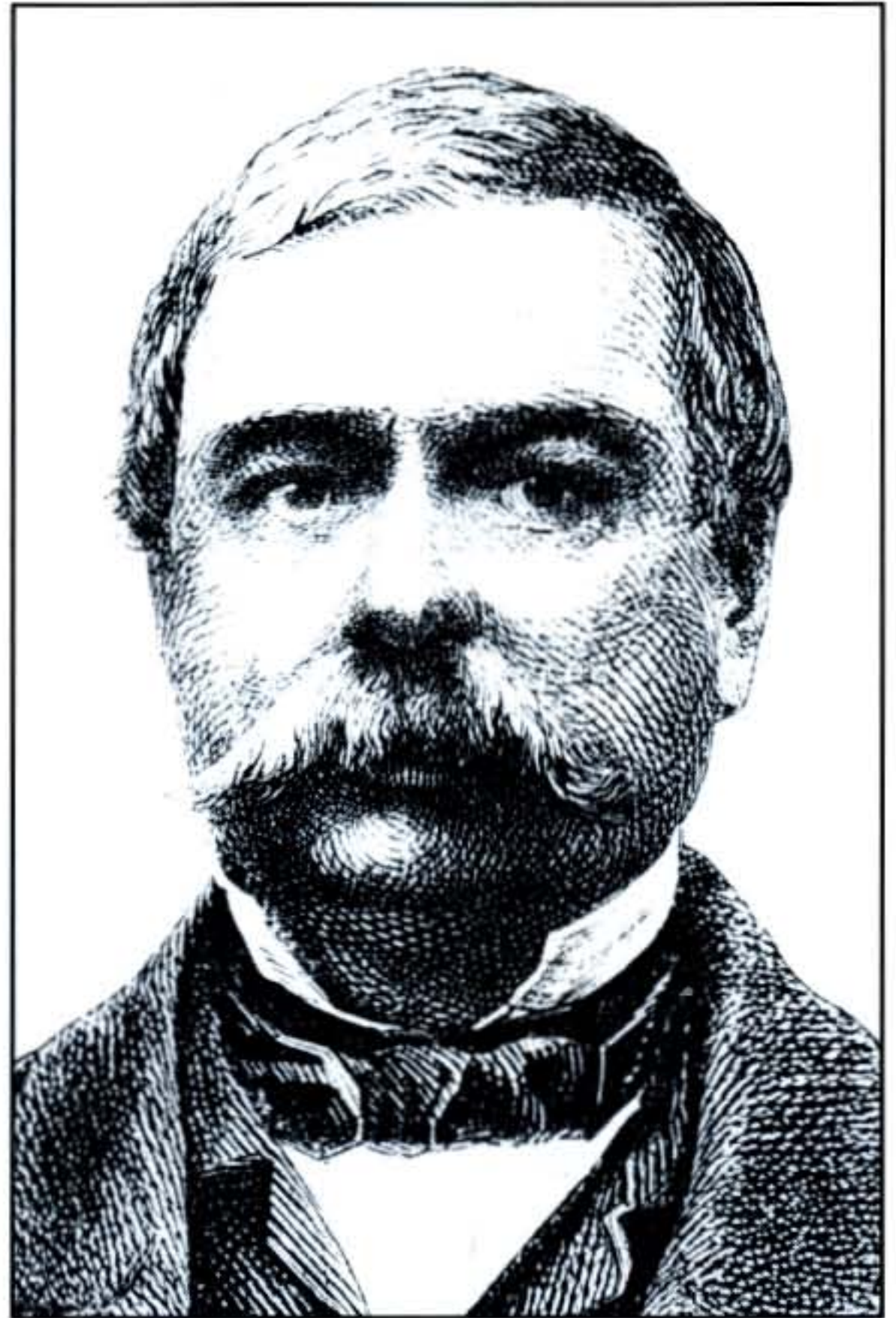
von Sybel



Waitz von Eschen



Friedrich Pfeiffer



Nebelthau

Mitglied des Volkshauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurfürstentum: 3. Wahlkreis [Rotenburg]). – Schriftführer des Volkshauses vom 26. März bis 29. April 1850^{27a}.

Quellen: Losch-Kartei; Losch, aaO, S. 43; Pfeiffer, aaO, S. 9, 71–83, 121; Wannagat, aaO, S. 481 f.; Auskünfte des Staatsarchivs Bremen und des Hessischen Staatsarchivs Marburg (Armin Sieburg).

Rang, Justus Johannes Ignatius

Geb. 2. April 1802 Neuhof bei Fulda, gest. 3. November 1859 Fulda; röm.-kath. VATER: Dr. jur. Franz Rang, Hofrat und Amtsvogt. MUTTER: Maria Eva Fritz. EHESCHLIESSUNG: mit Theresia Zahn (angeblich) aus Fulda.

29. April 1819 Studium der Rechtswissenschaften in Marburg, dann in Heidelberg und ab 6. Mai 1822 wieder in Marburg. 1836–1840 Justizbeamter und 1. Depositär beim Justizamt Amöneburg. 1841–1848 Obergerichtsrat in Marburg; ab 1843 auch Mitglied der Kommission der Haupt-Deposit-Kasse für die Provinz Oberhessen in Marburg. 1848–1851 Bezirksdirektor des Oberverwaltungsbezirks Fulda; ab 1850 auch Landesherrlicher Bevollmächtigter bei dem Bistum zu Fulda. 1851–1852 als Geheimer Regierungsrat Vorstand der (erneuerten) Regierung von Fulda; ab 1851 auch Mitglied der Verwaltungskommission des Gymnasiums und Kurator der Landesbibliothek zu Fulda. 1854 Vorsitzender eines Kriminalsenats beim Obergericht in Fulda.

Geheimer Justizrat.

Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung vom 29. November/1. Dezember 1848 bis 9. Januar 1849 (WK Marburg-Land).

Mitglied des Volkshauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurfürstentum: 6. Wahlkreis [Fulda]).

Quellen: KB Neuhof; Kurhessische Staatshandbücher 1836–1859; Landtagsverhandlungen des am 1. Dezember 1848 eröffneten Kurhessischen Landtags, Nr. 8, 9. Januar 1849, S. 1; Birt, aaO, S. 532, 543; Klein, Grundriß, aaO, S. 95 f.; Losch, aaO, S. 44; Auskünfte des Bischöflichen Generalvikariats Fulda – Bistumsarchiv – und des Hessischen Staatsarchivs Marburg (Armin Sieburg).

von Roques, Christian Philipp

Geb. 9. Oktober 1808 Treysa, gest. 31. Dezember 1891 Kassel, ev.-ref. VATER: Jean Christophe François (*Franz*) von Roques, Metropolitan und Hauptpfarrer in Treysa und Frankenhain. MUTTER: Catharina *Sophie* Göbel. EHESCHLIESSUNG: 15. April 1857 in Frankfurt am Main mit *Bertha* Katharina Roques (15. Januar 1830 Frankfurt – 12. November 1886 Kassel). – Der Kurhessische Kriegsminister (der Jahre 1849/1850) Jérôme (Hieronymus) Heinrich von Roques (1795–1850) ist ein Bruder.

6. November 1824 Studium der Rechtswissenschaften in Marburg. 1832–1835 Landgerichts-Assessor in Kassel, 1835–1836 in Rauschenberg; 1836–1842 Obergerichts-Assessor in Kassel; 1842–1843 Obergerichtsrat in Kassel. 1843–1845 Regierungsrat bei der Regierung der Provinz Niederhessen in Kassel; gleichzeitig ab 1844 landesherrlich bestelltes Mitglied der Direktion der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn. 1845–1849 Regierungsrat (Vortragender Rat) im Kurhessischen Ministerium des Innern; ab 1846 Mitglied der Oberbaudirektion in Kassel. 1849 wieder Obergerichtsrat in Kassel, 1850 in Hanau. 1850–1851 auch Landesherrlicher Kommissar der Stifte Kaufungen und Wetter. 1851–1867 Ober-Appellations-Gerichtsrat in Kassel; zeitweise auch kurhessischer Bundestagsgesandter. 1867 von der preußischen Regierung zur Disposition gestellt.

Mitglied des Staatenhauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurfürstentum Hessen – vom Landtag auf Vorschlag der Staatsregierung gewählt²⁸).

Quellen: Gothaisches Genealogisches Taschenbuch (fortan: GGT), Alter Adel und Briefadel, 1930, S. 682, 685; Losch-Kartei; Birt, aaO, S. 556; Kurhessische Staatshandbücher 1836–1866; Kgl. Preussischer Staatsdienst-Kalender für Kurfürstentum Hessen auf das Jahr 1867. Kassel o.J. (1867).

Dr. jur. Schenck zu Schweinsberg, *Wilhelm Walther Ludwig Carl*

Geb. 26. Januar 1809 Fulda, gest. 3. August 1867 Schweinsberg; ev.-luth. VATER: *Ferdinand Carl Wilhelm Heinrich Schenck zu Schweinsberg*, Membre provisoire de l'administration in Fulda, später Kfstl. Hessischer Staats- und Justizminister. MUTTER: *Christiane Friederike Wilhelmine Charlotte Treusch von Buttlar*. EHESCHLIESSUNG: 8. Oktober 1833 in Marburg an der Lahn mit *Elisabeth Marie Sophie Zimmermann* (8. Juli 1810 Marburg – 2. November 1875 Schweinsberg), Tochter eines Frankfurter Kommerzienassessors.

Erste Ausbildung durch Hauslehrer. Lyceum Fridericianum in Kassel, Gymnasium in Marburg. 1825–1827 Studium der Rechtswissenschaften in Marburg, 1827–1828 in Göttingen und 1828–1829 wieder in Marburg; 19. Mai 1829 erstes juristisches Examen schriftlich und mündlich „sehr gut“ bestanden; 22. August 1829 Promotion zum Dr. jur. mit der Arbeit „De bonorum stemmaticorum et fideicommissorum familiarum nobilium origine atque discrimine“. 29. Mai 1829 Referendar am Obergericht in Marburg. 1830–1831 gleichzeitig Privatdozent für Römisches Recht und kurhessisches Zivilrecht an der Universität Marburg. 1831 Assessorprüfung. 2. November 1831 – 25. September 1839 Staatsanwalt in Hanau. 1839–1848 auf Vorschlag Hassenpflugs Geheimer Rat, ab 1840 Leiter der Regierung und Verwaltung (Minister) im Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen; Abschied auf eigenen Antrag zum 1. September 1848. 8. September 1848 – 10. August 1849 Provisorischer Vorstand des Ministeriums des Kurfürstlichen Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten in Kassel. 1849–1853 Wartestand unter Fortzahlung der Bezüge. 20. Oktober 1853 Beauftragung mit der Vernehmung der Geschäfte des Obervorstehers des Landeshospitals Haina. 17. Juli 1866 – 3. August 1867 Regierungs- und Konsistorial-Präsident in Hanau.

5. Oktober 1830 Kommandeur (Major) des 13. Bürger-Bataillon (Bürgergarde) in Marburg, 1831 Kommandeur des 2. Bürger-Bataillons in Hanau.

Fstl. Hohenzollernsches Ehrenkreuz 1. Klasse. – Kommandeur des Kgl. Zivilverdienstordens der Württembergischen Krone. – Kommandeur des Großhzgl. Badischen Ordens vom Zähringer Löwen. – Komtur des Sachsen-Ernestinischen Hausordens.

Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung vom 23. August bis 2. September 1850 (WK Stadt Kassel) und vom 27. Oktober 1862 bis 18. Juni 1866 (WK der Höchstbesteuerten des Bezirks Schmalkalden).

Mitglied des (Konstituierenden) Reichstags des Norddeutschen Bundes vom 12. Februar bis 17. April 1867 (bei keiner Fraktion [altliberal]; WK Kassel 8 [Hanau]).

Mitglied des Volkshauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurfürstentum Hessen: 1. Wahlkreis [Stadt Kassel]). – Vizepräsident vom 25. März bis 29. April 1850²⁹.

Quellen: Losch-Kartei; Birt, aaO, S. 559; von Buttlar-Elberberg, aaO, Tafel Schenck zu Schweinsberg II; Franz, Günther: Wilhelm Freiherr Schenck zu Schweinsberg. In: Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck 1830–1930. 4. Bd. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck 20, 4.) Marburg 1950, S. 338–346; Haunfelder/Pollmann, aaO, S. 289 und S. 462; Höffner, aaO, S. 296–301; Klein, Grundriß, aaO, S. 54 und S. 106; Knetsch, Carl: Stamm-Tafeln der Freiherren Schenck von Schweinsberg. Groß-Steinheim a.M. 1925. Tafel VII; Losch, aaO, S. 49; Schwarz, aaO, S. 196 und S. 449; Wannagat, aaO, S. 500; Auskunft des Hessischen Staatsarchivs Marburg (Armin Sieburg).

Schumacher, Ludwig *Wolrad* (II.) Friedrich Wilhelm

Geb. 2. November 1793 Korbach, gest. 21. Juli 1862 Arolsen; evang. VATER: Henrich Christian *Wolrad* (I.) Schumacher, Geheimer Regierungsrat. MUTTER: Maria Carolina Franziska Gebhard, Tochter des Konsistorialrats Johannes Jeremias Gebhard in Landau. EHESCHLIESSUNG: am 18. April 1820 in Arolsen mit Friederike Franziska *Josephine* von Stockhausen, Tochter des Carl Theodor Maria von Stockhausen, Herr auf Padberg, Amelsen, Dankelshausen und Wellersen, und Schwester des Fstl. Waldeckischen Regierungspräsidenten *Carl von Stockhausen* (1804–1889). – *Josephine Schumacher*, geb. von Stockhausen, ist eine Schwester der Ehefrau des waldeckischen Landtagspräsidenten *Wilhelm Groscurth*. Der Bruder *Carl Schumacher* war von 1851 bis 1852 Mitglied des Waldeckischen Landtags und zeitweise amtierender Alterspräsident bzw. Landtagsvizepräsident; der Bruder *Louis Schumacher* war von 1839 bis 1841 Bürgermeister von Arolsen.

1805–1810 Gymnasium in Korbach. 1810–1811 Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen, 1811–1815 in Marburg. 1814 Kriegsfreiwilliger. 1815 Tentamen; 1816 Staatsexamen. 1816 Advokat und Regierungsprokurator in Arolsen. 27. Mai 1817 Justiz- und Konsistorialsekretär bei der Regierung, 5. Oktober 1819 Kanzleirat. 1824 Justizrat, Erster Beamter und Kriminalrichter des Oberjustizamts der Werbe in Sachsenhausen; 31. Januar 1829 Justizrat bei der Regierung in Arolsen; 1832 gewählter Landsyndikus der Waldeckischen Landschaft (Landtag), ab 24. Oktober 1843 mit dem Titel Landrat; als Landsyndikus Vorsitzender des zur Beratung eines neuen Wahlgesetzes einberufenen („alten“) Landtags vom 3./4. April 1848. 6. Juni 1849 Vorstand der Fstl. Waldeckischen Staatsregierung mit dem Titel Staatsrat und Dirigent (Vorstand) der Abt. für Finanzen. 28. Februar 1851 Bewilligung der Entlassung aus der Regierung. 2. April 1853–21. Juli 1862 Mitglied und Vorsitzender des weiteren Konsistoriums in Arolsen. 24. Oktober 1854–23. September 1858 Mitglied der Staatsschuldenverwaltung. 1855–1862 auch (ehrenamtlicher) Obervorsteher der Mildten Stiftungen in Arolsen.

1836 Anregung zur Gründung der Waldeckischen Landessparkasse. 1849 Verfasser des Entwurfs für das Staatsgrundgesetz der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont. Rechtshistoriker.

Nestor des waldeckischen Liberalismus. Galt um 1849 und Anfang der fünfziger Jahre als politischer Hauptwidersacher des Regierungsrats und Vorstands der Finanzabteilung (bis 1853), dann der Domänen- und Forstabteilung und späteren Geheimrats *Robert Varnhagen*; Höhepunkt der Auseinandersetzungen, die schließlich um die sog. Holzfrage kreisten, etwa ab 1856.

Bevollmächtigter der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont im Verwaltungsrat der auf Grund des „Dreikönigsbündnisses“ ([Unions-]Vertrag) vom 26. Mai 1849 verbündeten Regierungen ab 30. September/12. Oktober 1849.

Mitglied des Landtags des Fürstentums Waldeck (ab 20. Juni 1848: der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont) vom 14. Juni 1848 bis 3. Juni 1849, vom 14. November 1855 bis 21. Juli 1862 (1848–1849 III. Städtischer Wahlbezirk: Arolsen; Landau, Mengerlinghausen, Rhoden; 1855–1862 Kreis der Twiste). – Landtagsvizepräsident vom 14. Juni 1848 bis 19. November 1849 und 14. November 1855 bis 6. Februar 1856. – Landtagspräsident vom 5. Mai bis 14. Juni 1856, 24. November 1856 bis 31. März 1857, 28. Oktober bis 12. Dezember 1857, 28. Oktober bis 21. Dezember 1858, 31. Oktober 1859 bis 6. Januar 1860, 2. April bis 13. Juni 1860, 29. Oktober bis 20. Dezember 1860 und 28. Oktober 1861 bis 22. März 1862. – Alterspräsident am 14. November 1855, 5. Mai 1856, 24. November 1856, 28. Oktober 1857, 28. Oktober 1858, 31. Oktober 1859, 2. April 1860, 29. Oktober 1860 und 28. Oktober 1861.

Mitglied des Volkshauses des Deutschen Parlaments in Erfurt vom 20. März bis 29. April 1850 (Wahlkreis Fürstentümer Waldeck und Pyrmont)³⁰.

Quellen: GGT, Adelige Häuser (Uradel) 1903, S. 805; StA Marburg Best. 121 Nr. 4032, Best. 133 f und 133 g Repertorium S. XXIII und Best. 135 Nr. 1048, 1062, 1063; Birt, aaO, S. 504; Budach, Eckhard Werner: Das Fürstentum Waldeck in der Zeit des Deutschen Bundes. Studien zur Verfassungsgeschichte der Kleinstaaten 1815 bis 1866. Die Beziehungen des Fürstentums Waldeck zum Deutschen Bund und seinen Mitgliedern, besonders Preußen, sowie die innere Verfassungsgeschichte des Staates. Diss. jur. Kiel 1973, passim, insbesondere S. 164; Bürsch, Michael: Kleinstaatliche Verfassung zwischen Vormärz und Reaktion. Studien zur Entstehung der waldeckisch-pyrmontischen Verfassungsurkunden von 1849 und 1852. Diss. jur. Kiel 1970, passim; von Buttlar-Elberberg, aaO, Tafel von Stockhausen V; Klein, Grundriß, S. 212, 214; König, Reinhard, Die Abgeordneten des Waldeckischen Landtags von 1848 bis 1929. Marburg 1985, S. 9, 13, 80; Luckemeyer, Ludwig: Liberales Waldeck und Pyrmont und Waldeck-Frankenberg 1821–1981. Frankfurt am Main 1984. S. 75 f.; Nicolai, Arolsen, u.a. S. 348; Nicolai, Staat, S. 41, 61, 63, 65, 115 ff., 122 f.; Nicolai, Helmut: Waldeckische Wappen. Beiträge zur Familiengeschichte. Teil 2. Bearbeitet von Wilhelm Hellwig und Ingeborg Moldenhauer. (Waldeckische Forschung[en] Band 2). Arolsen 1987, S. 338; Rudolph, Martin, Die Nachkommen Curt Schumachers aus Eversberg (ca. 1585 bis 1660) und seiner beiden Ehefrauen Magd. Schreiber und Magd. Benn. (Korbacher Bürgerfamilien). Korbach 1976, S. 109, 134–140; Sieburg, Armin: Der Verlauf der Revolutionen von 1830 und 1848 im Fürstentum Waldeck: In: GbllWaldeck, 69. Bd., S. 133–147; Stoecker, Matrikel 1, S. 221 (Nr. 2733); Varnhagen, Adolf (Bearb.): Aus den Lebenserinnerungen des Geheimrats Robert Varnhagen. In: GbllWaldeck, 11. Bd., S. 90–142, hier insbesondere S. 118 ff.

Dr. phil. von Sybel, *Heinrich Carl Ludolph*

Geb. 2. Dezember 1817 Düsseldorf, gest. 1. August 1895 Marburg an der Lahn; ev.-luth. VATER: Heinrich Ferdinand Philipp von Sybel, Geheimer Regierungsrat und Ehrenmitglied der Kgl. Preußischen Regierung in Düsseldorf. MUTTER: *Amalie* Charlotte Brügelmann. EHESCHLIESSUNG: 28. September 1841 in Darmstadt mit *Caroline* Louise Eckhardt (19. April 1817 Darmstadt–9. Juni 1884 Berlin), Tochter des Rats im Ghzgl. hessischen Finanzministerium und im Ghzgl. hessischen Ministerium des Innern und der Justiz, seit 1841 Ghzgl. Geheimrats Dr. Christian Leonhard Philipp Eckhardt. – Der Bruder *Alexander von Sybel* (1823–1902) war 1862 und 1867–1870 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und 1869–1870 Mitglied des Norddeutschen Reichstags und des Deutschen Zollparlaments (freikonservativ).

1826–1834 Gymnasium in Düsseldorf. 1834–1838 Studium der Geschichte in Berlin (Schüler Rankes); 1838 dort Promotion zum Dr. phil. 1840 Habilitation. 1841–1846 Privatdozent in Bonn, a.o. Professor in Berlin. 1846–1856 ordentlicher Professor der Geschichte in Marburg, 1856–1861 in München

und 1861–1875 in Bonn; 1867/68 Rektor der Universität Bonn. 1875–1894 Direktor der preußischen Staatsarchive.

Begründer des ersten Historischen Seminars in Deutschland; dessen Direktor. Mitglied der Kgl. Bayerischen Akademie der Wissenschaften und Sekretär von deren Historischer Kommission; 1886–1895 deren Vorsitzender. Mitglied der Kgl. Preußischen Akademie der Wissenschaften. Initiator der Gründung des Preußischen Historischen Instituts in Rom.

1859 Begründer der „Historischen Zeitschrift“. Mitglied der Zentralkommission der „Monumenta Germaniae Historica“.

1848 Teilnehmer am Frankfurter Vorparlament. Mitglied des Nationalvereins. 1874 Begründer und Präsident des „Deutschen Vereins der Rheinprovinz“.

Geheimer Regierungsrat. – Wirklicher Geheimer Rat.

Stadtverordneter in Bonn ab 1873.

Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung vom 29. November/1. Dezember 1848 bis 14. April 1849 (Abgeordneter der Universität). – Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 14. Januar bis 11. März 1862 (bei keiner Fraktion; WK Düsseldorf 10), 19. Mai 1862 bis ... Oktober 1864 (Linkes Zentrum; WK Düsseldorf 10) und vom 12. November 1873 bis 13. Juli 1880 (Nationalliberaler; WK Magdeburg 4 [Stadtkreis Magdeburg mit Neustadt und Sudenburg]).

Mitglied des (Konstituierenden) Reichstags des Norddeutschen Bundes vom 12. Februar bis 17. April 1867 (Nationalliberaler; WK Düsseldorf 1 [Lennep–Mettmann–Remscheid]).

Mitglied des Staatenhauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurhessen – vom Landtag gewählt³¹). – Schriftführer des Staatenhauses vom 21. März bis 29. April 1850³².

Quellen: KB Darmstadt; GGT, Briefadelige Häuser, 1913, S. 794 f.; GGT, Alter Adel und briefadelige Häuser, 1931, S. 650 f.; ADB, Bd. 54, S. 645–667; Conrad/Haunfelder, aaO, S. 140; Haunfelder/Pollmann, aaO, S. 325 und S. 476; Kalkoff, Hermann: Nationalliberale Parlamentarier 1867–1917 des Reichstags und der Einzellandtage. Berlin 1917, S. 121 und S. 247; Losch, aaO, S. 54; Mann, Berthold: Biographisches Handbuch für das Preussische Abgeordnetenhaus 1867–1918. (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Band 3). Düsseldorf 1988, S. 382 f.; Schwarz, aaO, S. 198 und S. 478; Auskunft der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau – Zentralarchiv – in Darmstadt.

Uloth, Adam Heinrich Wilhelm

Geb. 1. März 1804 Homberg, gest. 11. April 1885 Wehlheiden; ev.-ref. VATER: Adam Heinrich Uloth, Amtschultheiß. MUTTER: Juliane Ledderhose. EHESCHLIESSUNG: etwa 1834 oder früher in Lich (?) mit Rebecca Wilhelmine Schnellhardt, Tochter eines Ghzgl. hessischen Hauptmanns.

Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg, ab 28. November 1824 in Marburg. 1839 Obergerichtsanwalt in Marburg an der Lahn. 1847–1850 Oberbürgermeister in Marburg. 1850–1851 Bezirksdirektor des Oberverwaltungsbezirks Hersfeld. 1851–1853 Landrat des Kreises Hersfeld, 1853–1856 des Kreises Kirchhain, 1856–1868 des Kreises Witzenhausen. Lebte später in Wehlheiden bei Kassel.

1874 Reichstagskandidat der althessischen Partikularisten im Wahlkreis Kassel 5 (Marburg–Kirchhain–Frankenberg–Vöhl); mit einem Stimmanteil von 27,3 % nach dem 1. Wahlgang ausgeschieden.

Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 15. November 1867 bis 12. Februar 1870 (NL; ab 6. Oktober 1869 bei keiner Fraktion; Wahlkreis Kassel 4 [Landkreis Kassel, Kreis Witzenhausen]).

Mitglied des Volkshauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurfürstentum: 5. Wahlkreis [Marburg]).

Quellen: KB Homberg; Stahr, aaO, Bd. 21, S. 205; Losch-Kartei; Kurhessisches Staatshandbuch 1850; Birt aaO, S. 557; von Brocke, Bernhard: Marburg im Kaiserreich 1866–1918. In: Marburger Geschichte. Rückblicke auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen. Im Auftrag des Magistrats der Universitätsstadt Marburg herausgegeben von Erhart Dettmering und Rudolf Grenz. Marburg. 1980, S. 367–540, hier S. 481; Klein, Grundriß, aaO, S. 78, 90, 95 und 101; Kürschner, Walter: Geschichte der Stadt Marburg. Marburg, 1934, S. 306; Mann, aaO, S. 393; Auskunft von Dr. Hermann Grebe, Homberg.

Freiherr Waitz von Eschen, Carl Siegmund³³

Geb. 8. November 1795 Kassel, gest. 3. November 1873 Sickinge bei Braunschweig; evang. VATER: Friedrich Siegmund Freiherr Waitz von Eschen, gen. Hilchen, Kfstl. Hessischer Staatsminister, Vizemarschall der Althessischen Ritterschaft. MUTTER: *Sophie* Dorothea von Rheinfarth. EHESCHLIESUNG: 30. November 1831 in Schwickhausen bei Willebadessen mit *Marie* Anna Wilhelmine Karoline von Bülow (31. Juli 1814 Braunschweig – 8. April 1870 Kassel), Tochter eines Hzgl. Braunschweigischen Kammerpräsidenten, Kgl. Hannöverschen Kammerherrn.

Herr auf Winterbüren, Waitzrodt und Hirschberg.

27. April 1812 Studium der Mineralogie in Marburg (Corps Hassia), 1813 und wieder ab 1814 der Bergwissenschaften (und der Kameralistik?) in Göttingen (Corps Hannovera). 1814 als Kurhessischer Freiwilliger Jäger Teilnehmer an den Befreiungskriegen; im Gefecht bei Aumetz, unweit Longwy, am 18. März 1814 verwundet. 1816 Kammerassessor.

1816 Übernahme der in Familienbesitz befindlichen Braunkohlenwerke, Tongruben, der Sodafabrik und der Chamottefabrik bei Großalmerode; Verlegung der Ultramarinfabrik von Braunlage am Harz auf den Hirschberg; Zusammenfassung der Unternehmen (und einer ihm gehörenden Saline in Greifswald) unter dem Namen „von Waitzsche Erben“. – Rittergutsbesitzer.

Mitglied der Direktion der Kurfürst-Friedrich-Wilhelms-Nordbahn ab 1847. – Mitglied des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde in Kassel und des Kasseler Kunstvereins.

Stroms-Deputierter des Diemel-Stroms der Althessischen Ritterschaft (1862). 1867–1873 Vizemarschall der Althessischen Ritterschaft.

Kurhessische Anerkennung des Freiherrenstandes (1839).

Kommandeur 2. Klasse des Kfstl. Wilhelms-Ordens (18. Februar 1851). – Ritter des (Kfstl. Hessischen) Ordens vom Eisernen Helm (22. September 1814). – Komtur des K.K. Österreichischen Franz-Josephs-Ordens.

Mitglied des Bezirksrats des Kreises Kassel (1862).

Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung vom 16. Oktober 1830 bis 26. Juli 1832, vom 11./20. November 1833 bis 10. März 1838, vom 29. November/15. Dezember 1842 bis 14. April 1849 und vom 3./16. Juli 1852 bis 1./2. Juli 1861 (WK Ritterschaft des Diemelstroms, Abgeordneter für den Landgrafen Carl bzw. den Landgrafen von Hessen-Philippsthal-Barchfeld und dann den Landgrafen von Hessen-Philippsthal, später wieder WK der Ritterschaft des Diemelstroms; ab 1852 als Mitglied der 1. Kammer). Vizepräsident der 1.

Kammer von 1852 bis 1861. – Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel von 1868 bis 1873; Präsident des 1. bis 3. Kommunallandtags von 1868 bis 1873. – Mitglied des Preußischen Herrenhauses vom 16. November 1867/29. Januar 1868 bis 3. November 1873 (berufen aus besonderem Königlichem Vertrauen).

Mitglied des Staatenhauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurhessen – vom Kurfürsten ernannt³⁴).

Quellen: GHdA, Bd. 62, S. 442; DGB, Bd. 98, S. 824–826; Losch-Kartei; von Baumbach-Nassen-erfurth, Karl: Stammtafeln der Althessischen Ritterschaft auf neuerer Zeit. Rudolstadt o.J. (1932), Tafel 44 b; Birt, aaO, S. 505; von Buttlar-Elberberg, aaO, Tafel Freiherren Waitz von Eschen genannt Hilchen zu Winterbüren, Waitzrodt etc.; Handbuch für das Preußische Herrenhaus, aaO, S. 215; Losch, aaO, S. 57 f.; Thiele, aaO, Bd. 8, S. 322; Auskünfte des Hessischen Staatsarchivs Marburg (Dieter Pelda und Armin Sieburg); Auskünfte von Hans Sigismund Freiherr Waitz von Eschen, Fulda, und Dr. Friedrich Freiherr Waitz von Eschen, Kassel.

Dr. jur. (von) Wetzell, Georg Wilhelm

Geb. 23. Januar 1815 Hofgeismar, gest. 22. Oktober 1890 Rostock; evang. VATER: *Georg Carl Theodor Wetzell*, Rektor in Hofgeismar. MUTTER: *Juliane Amalie Wilhelmine Stamm*. EHESCHLIESSUNGEN: 1. 25. Mai 1860 in Güstrow mit *Friederike Elisabeth Wilhelmine Luise Amalie Julie von Meding* (13. September 1824 Güstrow – 30. Juli 1862 Rostock), Tochter des Erblandmarschalls und Ghzgl. Mecklenburg-Schwerinischen Geheimen Hofrats Christian von Meding; 2. 18. Oktober 1867 in Schwerin mit *Friedrike Ernestine Wilhelmine von Schack* (8. Juni 1829 Pankelow in Mecklenburg – 21. April 1912 Rostock), Tochter eines Rittergutsbesitzers.

Herr auf Goldberg (ab 1878).

Rektoratsschule in Hofgeismar. Lyceum Fridericianum in Kassel. 1833–1840 Studium zunächst der Theologie, dann der Rechtswissenschaften in Marburg an der Lahn (bis 1838, dort auch Kandidatenexamen), Berlin und München; 16. Mai 1840 Promotion zum Dr. jur. mit der Dissertation „Lex XII tabularum rerum furtivarum usucapionem prohibet“ und *venia legendi*. Ab Wintersemester 1840 Privatdozent in Marburg für deutsches Zivilprozeß- und römisches Recht. 15. April 1845 a.o. Professor der Rechte in Marburg (Institutionen und Pandekten); 1. August 1846–25. September 1851 ordentlicher Professor (Institutionen, Pandekten, römisches Erbrecht und deutscher Zivilprozeß); 1848 Gutachter gegen den Wahlgesetzentwurf des kurhessischen Märzministeriums Eberhard und für die Fortdauer der ständischen Gliederung und Verfassung. 14. März 1850 Kfstl. Hessischer Bevollmächtigter im Verwaltungsrat der Erfurter Union. 1850 Prorektor der Universität Marburg. Herbst 1851 bis Ostern 1863 ordentlicher Professor an der Universität Rostock; 1862 dort Rektor. 2. September 1862 Ernennung zum ordentlichen Professor des römischen Rechts und des Zivilprozeßrechts an der Universität Tübingen; am 11. Januar 1866 zum 1. April 1866 aus württembergischen Diensten entlassen. 10. April 1866 bis 1. Oktober 1886 Ghzgl. Mecklenburg-Schwerinischer Minister des Innern; 1867 Bevollmächtigter des Großherzogs beim Konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes und dort Gegner einer Einflußnahme des Bundes auf die Verfassung der Bundesstaaten.

Ghzgl. Mecklenburg-Schwerinischer Justizrat (1860). – Ritter des Kgl. Württembergischen Kronenorden und persönlicher Adelsstand (4. Januar 1866). – Kgl. Preußischer Kronenorden 2. Klasse (1879), 1. Klasse (1875). –

Geheimer Staatsrat und Exzellenz (1877). – Großkreuz der Wendischen Krone (1882). – Ghzgl. Mecklenburg-Schwerinischer erblicher Adelsstand (16. Mai 1890).

Mitglied des Staatenhauses des Deutschen Parlaments vom 13. März bis 14. Mai 1850 (Kurfürstentum Kurhessen – vom Kurfürsten ernannt³⁵).

Quellen: DGB, Bd. 84, S. 697, 699 f.; Protokollarische Verhandlungen des Verwaltungsrats ... Berlin 1849–1850; Losch-Kartei; ADB, Bd. 55, S. 61–63; Gundlach, Franz: Catalogus professorum academiae marburgensis. Die akademischen Lehrer der Philipps-Universität in Marburg von 1527–1910. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck XV). Marburg 1927, S. 130 f.; Jung, Ulrich: Georg Wilhelm von Wetzell (1815–1890). Professor der Rechtswissenschaft und Staatsminister. In: Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck 1830–1930. Hrsg. von Ingeborg Schnack. 6. Band. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck 20, 6). Marburg 1958, S. 371–383; Losch, Philipp: Geschichte des Kurfürstentums Hessen. Marburg 1922, S. 341 f.

Dr. jur. Wippermann (eigentlich: von der Wipper), Carl Wilhelm

Geb. 1. Dezember 1800 Rinteln, gest. 23. März 1857 Rinteln; ev.-luth. VATER: Dr. jur. Johann Georg Liborius Wippermann, Professor der Rechte, später Obergerichtsrat in Rinteln. MUTTER: Dorothea Elisabeth Stamm. EHESCHLIESSUNGEN: 1: 2. Oktober 1828 in Rinteln mit Sophie *Auguste* Rebecca Caroline von Westphal[en-Heidelbeck] (4. Januar 1806 – ?), Tochter eines Obersten; 2. ... Februar 1839 in ... mit *Pauline* Caroline Auguste Asbrand aus Kehl, Tochter eines Obersten. – Der Sohn *Dr. jur. Carl Wippermann* (1831–1911) war von 1862 bis 1866 Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung und von 1868 bis 1872 Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel.

Erste Ausbildung durch Privatlehrer. 1817–1819 Gymnasium in Rinteln. 1819–1820 Studium der Rechtswissenschaften in Marburg an der Lahn (Mitglied der Burschenschaft Germania), 1820–1821 in Göttingen (Abschlußexamen schriftlich „sehr gut“, mündlich „wohl“ bestanden). 27. Dezember 1821 Referendar am Obergericht in Rinteln. Sommer 1824 Assessorexamen. 26. Oktober 1824 mit der Besorgung der während der Abwesenheit des Justizbeamten in Obernkirchen vorfallenden eiligen Geschäfte beauftragt. 25. März 1825 – 16. Mai 1836 Advokat in Rinteln und Prokurator bei den Gerichten der Grafschaft Schaumburg. Zugleich 1826–1831 Stadtsekretär, 1831–1835 provisorisch mit der Verwaltung des Bürgermeisteramtes in Rinteln betraut, als Bürgermeister bezeichnet ab 1. Januar 1832. 11. April 1832 Provisorischer landständischer Syndikus der Grafschaft Schaumburg. 3. November 1835 zum (hauptamtlichen) Zweiten Bürgermeister in Kassel gewählt; da die landesherrliche Genehmigung nicht erteilt wurde, zum Stadtsekretär in Kassel bestellt, was auch von der Kfstl. Regierung bestritten wurde; endgültiger Amtsantritt erst am 13. Juli 1838. 1841 und 1842 mehrfach zum Oberbürgermeister der Stadt Kassel gewählt; jeweils Versagung der landesherrlichen Genehmigung und schließlich Verzicht auf eine weitere Kandidatur. 17. März 1848 Vortragender Rat (Regierungsrat) im Innenministerium in Kassel; gleichzeitig Landtagskommissar für die 6. Sitzungsperiode des 10. Kurhessischen Landtags. 24. August 1848–22. Februar 1850 Provisorischer Vorstand des Kfstl. Finanzministeriums in Kassel, seit dem 14. September 1848 mit dem Titel Staatsrat. 30. August, 24. Dezember 1848 und 18. August 1849 während der Abwesenheit des Ministerialvorstands mit der Vernehmung des Innenministe-

riums beauftragt. 1850 in den Wartestand versetzt. 21. Oktober 1852 Versetzung nach Rinteln; zeitweilig unter Aufrechterhaltung des Wartestandes der dortigen Regierungskommission zugeordnet. Ablehnung der Wahl ins Oberappellationsgericht der Hansestädte in Lübeck. Historische Forschungen und schriftstellerische Tätigkeit.

30. Oktober 1826 Obrigkeitlicher Deputierter bei der Rintelner Kaufmannschaft. 1831 Mitglied der Provinzialsanitätskommission. Testamentswächter der Murhardstiftung.

Mitglied des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde (1835). – Korrespondierendes Mitglied des Niedersächsischen Geschichtsvereins. – Ehrenmitglied des Rintelner Bürgerklubs (9. November 1834). – Schon im Vormärz einer der populärsten Liberalen in Kurhessen; Gegner Hassenpflugs. Teilnehmer am sog. Frankfurter Vorparlament, dort Mitglied des 50er und des 17er Ausschusses. Nominierte Heinrich von Gagern als Präsidenten der Nationalversammlung.

Ehrenbürger der Stadt Kassel (9. Juli 1836).

Stadtsekretär (Mitglied des Stadtrats) in Rinteln vom 17. Januar 1826 bis 23. Juli 1831. – Ratsherr in Rinteln ab 30. April 1831.

Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung vom 12./20. April 1831 bis 5. Oktober 1847 (WK Landgemeinden des Weserbezirks bzw. WK Stadt Kassel), vom 13. März 1848 bis 14. April 1849 (WK Städte Gelnhausen/Bockenheim/Windecken/Wächtersbach) und vom 11. Juni bis 2. September 1850 (WK der Höchstbesteuerten im Bezirk Eschwege bzw. WK Landgemeinden des Bezirks Rinteln).

Mitglied der Deutschen Nationalversammlung vom 18. Mai 1848 bis 30. Mai 1849 (Kurhessen: 3. Wahlkreis [Grafschaft Schaumburg samt den Ämtern Karlshafen und Hofgeismar]; Casino-Partei).

Mitglied des Volkshauses des Deutschen Parlaments vom 20. März bis 29. April 1850 (Kurhessen: 8. Wahlkreis [Rinteln]).

Quellen: KB Rinteln; Losch-Kartei; ADB, Bd. 43, S. 515–517; Birt, aaO, S. 527; Höffner, aaO, S. 354–361; Klein, Grundriß, aaO, S. 59; Koch, aaO, S. 431; Losch, aaO, S. 61 f.; Schwarz, aaO, S. 110; Strieder, Friedrich Wilhelm: Grundlage zu einer Hessischen Gelehrten- und Schriftsteller-Geschichte, fortgesetzt von Ludwig Wachler und Karl Wilhelm Justi. 18 Bände. Göttingen, Cassel, Marburg 1781–1819, hier: Bd. 21, S. 160–172; Wannagat, aaO, S. 533; Auskunft des Hessischen Staatsarchivs Marburg (Armin Sieburg).

3.

Schlußbetrachtungen – Zugleich ein kurzer Vergleich der kurhessisch-waldeckischen Abgeordnetengruppe im Unionparlament mit der in der Nationalversammlung und mit den thüringischen Abordnungen in Frankfurt und Erfurt

Kurhessen und Waldeck wählten 1848 zwölf Abgeordnete, 1850 waren es in beiden Häusern 17, acht im Staatenhaus und neun im Volkshaus. Zwanzig Abgeordnete haben die thüringischen Staaten in Erfurt vertreten, neun im Staatenhaus, elf im Volkshaus; 14 Abgeordnete hatten die Wahlbezirke der thüringischen Fürstentümer in die Frankfurter Nationalversammlung entsandt.

Waren 1848 *alle* kurhessischen und waldeckischen Abgeordneten Universitätsabsolventen, so betrug damals der Anteil der Akademiker an der thüringi-

schen Delegation „nur“ 71%; 1850 verringerte sich deren Anteil in Kurhessen und Waldeck auf 88% und stieg unter den Thüringern auf 85%. Während im Vergleich von 1848 mit 1850 in Kurhessen und Waldeck der Juristenanteil von zwei Dritteln auf 76,5% stieg, fiel er unter den thüringischen Abgeordneten von 64 auf 60%.

Fünf³⁶ von 14 thüringischen Vertretern in Frankfurt hatten parlamentarische Erfahrung in den Landtagen ihrer Heimatländer sammeln können, ehe sie in die Nationalversammlung delegiert wurden, in Kurhessen und Waldeck waren es sechs³⁷ von zwölf. 1850 waren zwei³⁸ der kurhessischen und drei³⁹ der thüringischen Abgeordneten mit Erfahrungen aus Frankfurt ausgestattet, acht⁴⁰ der aus Kurhessen und Waldeck und fünf⁴¹ der aus den thüringischen Staaten hatten Landesparlamenten angehört oder ihnen vorgesessen. Sechs⁴² der zwölf Frankfurter Abgeordneten aus Kurhessen und Waldeck waren nach 1848 Landtagsabgeordnete, zwei⁴³ nach 1867 auch Reichstagsmitglieder, während nur drei⁴⁴ der thüringischen Vertreter in Frankfurt später in den Landtagen ihrer Heimatländer als Abgeordnete, wohl aber auch zwei⁴⁵ nach 1867 im Reichstag saßen. Nur einer⁴⁶ der Erfurter Abgeordneten aus den thüringischen Staaten, aber zehn⁴⁷ der Kurhessen und Waldecker dienten nach 1850 in Landesparlamenten, zwei⁴⁸ der thüringischen „Erfurter“ im Reichstag, drei⁴⁹ der Kurhessen. Von insgesamt neun ehemaligen Frankfurter und Erfurter Abgeordneten aus den thüringischen Staaten, Kurhessen und Waldeck, die nach 1867 auch im Reichstag saßen, wurden dort sechs Mitglieder der nationalliberalen Fraktion⁵⁰, einer trat der Fraktion der Fortschrittspartei⁵¹ bei und zwei schlossen sich keiner Fraktion an⁵².

Von besonderem Interesse mag schließlich sein, daß sowohl im Staatenhaus als auch im Volkshaus bei der politisch bedeutsamsten Entscheidung, die das Erfurter Unionsparlament zu treffen hatte, den Abstimmungen über die unbedingte Annahme des Verfassungsentwurfs der verbündeten Regierungen am 13. bzw. 17. April 1850, alle thüringischen Abgeordneten mit Ausnahme des offenbar ohne Entschuldigung fehlenden Gothaer Volkshausabgeordneten *Kopp* für die Annahme stimmten, während zwei Kurhessen im Volkshaus⁵³ und die drei vom Kurfürsten ernannten Mitglieder im Staatenhaus⁵⁴ gegen die Annahme des Verfassungsentwurfs stimmten. Ob in *Kopps* Abwesenheit politische Motive, etwa auch solche der Gothaer Regierung, mitschwingen, war nicht auszumachen; daß dies bei den drei Kurhessen unter den 29 Nein-Voten im Staatenhaus der Fall war, ist nach der Entlassung des März-Ministeriums durch den Kurfürsten kurz vor dem Zusammentritt des Erfurter Parlaments und der dann folgenden Entwicklung im Kurstaat als sicher zu unterstellen.

Schlußendlich kann gesagt werden, daß die thüringischen Abgeordneten unabhängig von ihrer persönlichen politischen Einordnung sicher zwar nicht alle vom Erfolg der Unions-Bemühungen innerlich überzeugt waren⁵⁵ die Unions-Bestrebungen aber im Erfurter Parlament bis zum Schluß einhellig mit trugen. Während die waldeckischen Vertreter *Schumacher* und *Marc* sowohl die Regierungs- wie die Volksmeinung im Fürstentum vor dem Regierungsantritt des Fürsten *Georg Victor* 1852 sicher richtig widerspiegeln, waren die kurhessischen in ihrer Zerrissenheit repräsentativer für das Meinungsbild unter Regierung und Volk des Landes, das bzw. dessen Bevölkerung sie in Erfurt vertraten, als die thüringischen Abgeordneten, die die sich auch hier

herausbildende öffentliche Meinung der ersten Hälfte der fünfziger Jahre mit den zunehmenden Zweifeln an der politischen Gestaltungskraft des Hauptstroms des deutschen Liberalismus jedenfalls in ihrem Abstimmungsverhalten im Erfurter Parlament nicht zum Ausdruck gebracht haben, sondern das Meinungsbild der Mehrheit des 28. März 1849 in Frankfurt in die politischen Entscheidungen des Jahres 1850 hineinzutragen versuchten. Die kurhessischen Abgeordneten in Erfurt waren sicher nicht moderner eingestellt, handelten aber den damaligen Zeitumständen und politischen Gegebenheiten entsprechender.

Nachwort

Der Kommissar des Verwaltungsrats der Union – wie bei der Parlamentseröffnung wenige Wochen zuvor *Joseph Maria von Radowitz* – sagte in seiner Vertagungsrede in Erfurt am 29. April 1850 zu, die Beschlüsse des Unionsparlaments „unverzüglich zur Kenntnis und schließlichen Erklärung der verbündeten Regierungen“⁵⁶ zu bringen. Das geschah auf dem Berliner Fürstenkongreß Anfang Mai 1850. Doch die Union scheiterte. Und sie scheiterte nicht nur politisch am entschiedenen Einspruch Österreichs, sondern auch schon formal: nur zwölf der insgesamt 26 vertretenen Staaten waren bereit, dem preußischen Antrag entsprechend die Verfassung der Union, wie auch vom Parlament beschlossen, *vorbehaltlos* anzunehmen.

Es sollte noch fast 17 Jahre dauern, bis ein auch formal erstaunlich ähnlich ablaufender Versuch, in Erfurt von *Bismarck* noch vehement bekämpft, mit dem Norddeutschen Bund und seiner Verfassung 1867 auf den Weg gebracht wurde: zuerst ein Bündnis der Fürsten und freien Städte, danach Wahl eines Parlaments, diesmal sogar unter den Regeln des gleichen Wahlrechts, zur Beratung der Verfassung und Beschlußfassung darüber, schließlich deren Sanktionierung – und damit der Weg der kleindeutschen Lösung konsequent gegangen wurde.

Dank

Neben den in den Quellenangaben und Anmerkungen genannten Personen und Institutionen danke ich dem Stadtarchiv Kassel (Frank Roland Klaube) und dem Stadtmuseum Kassel (Karl-Hermann Wegner) für vielfältige Hinweise bei der Bearbeitung der Biographien und bei der Suche nach den Abgeordneten-Porträts.

Bildrechte

Abdruckrechte stellten zur Verfügung: Stadtarchiv Kassel, Ritterschaftliches Stift Kaufungen/Dr. Hermann Grebe, Homberg (von Eschwege), C. A. Starke Verlag, Limburg/Lahn (Marc, Schumacher), Landeskreditkasse zu Kassel – Niederlassung der Landesbank Hessen-Thüringen (Franz Pfeiffer), Staatsarchiv Bremen (Friedrich Pfeiffer), Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (von Sybel), Hans Sigismund und Dr. Friedrich Waitz Freiherrn von Eschen (Waitz von Eschen) und Historische Kommission für Hessen, Marburg (Wetzell). Soweit Bildvorlagen nicht von den Inhabern der Bildrechte überlassen wurden, fertigte sie Manuela Torrado Cristo, Kassel.

Bitte

Sollten Leser Porträts der Abgeordneten besitzen, von denen in diesem Beitrag keine Abbildung abgedruckt wird, bittet der Verfasser um entsprechende Hinweise, damit sie in eine mögliche spätere Buchpublikation mit aufgenommen werden können.

Anmerkungen

- 1 Mit den Motiven abgedruckt in: Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Parlaments zu Erfurt, Staatenhaus (fortan: Stenographischer Bericht, Staatenhaus), 1. Sitzung, 20. März 1850, S. 5–19.

- 2 Abgedruckt u.a. in: Boldt, Hans (Hrsg.): *Reich und Länder. Texte zur deutschen Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*. München 1987, S. 391–422; zu den Abweichungen bei der Texte vgl. u. a. Botzenhardt, Manfred: *Deutscher Parlamentarismus 1848–1850*. Düsseldorf 1977, S. 717–719.
- 3 Abgedruckt in: *Stenographischer Bericht, Staatenhaus*, S. 28.
- 4 Abgedruckt in: *Stenographischer Bericht, Staatenhaus*, S. 19 f.
- 5 § 87 des Verfassungsentwurfs.
- 6 § 8–10 des Wahlgesetzentwurfs.
- 7 So die offizielle Bezeichnung in §§ 67 und 85 des Verfassungsentwurfs für den sich selbst nach seiner Verfassung von 1831 *Kurfürstentum Hessen* bezeichnenden Staat.
- 8 So auch hier die offizielle Bezeichnung in §§ 67 und 85 des Verfassungsentwurfs für den im eigenen Staatsgrundgesetz vom 23. Mai 1849 *Fürstentümer Waldeck und Pyrmont* genannten Staat.
- 9 § 14 bis 16 des Wahlgesetzentwurfs.
- 10 *Stenographischer Bericht, Staatenhaus*, S. 3.
- 11 HStA Weimar, ASt Gotha, Best. Präsidial-Registratur der Kgl. Regierung zu Erfurt Nr. 371.
- 12 Für die vom (evangelischen) Konsistorialrat *Scheibe* und vom Regierungs- und (katholischen) Geistlichen und Schul-Rat *Koche* gestalteten Gottesdienst hatte der preußische Staat 24 Reichstaler 10 Silbergroschen und 6 Pfennige bzw. 4 Reichstaler zu zahlen; HStA Weimar, ASt Gotha, Best. Präsidial-Registratur der Kgl. Regierung zu Erfurt Nr. 374.
- 13 *Stenographischer Bericht, Staatenhaus*, S. 5. – *Eichhorn* (1779–1856) war von 1840 bis 1848 preußischer Kultusminister.
- 14 *Stenographischer Bericht, Volkshaus*, 1. Sitzung, 20. März 1850, S. 5. – *Graf von Frankenberg* (1785–1878), ab 1832 Chefpräsident des Oberappellationsgerichts in Posen, war 1850 und von 1853–1878 Mitglied der preußischen 1. Kammer bzw. des Herrenhauses, zeitweise dessen Vizepräsident; 1867 gehörte er dem Konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes, 1867–1870 dem Norddeutschen Reichstag an, wo er wie 1850 in Erfurt als Alterspräsident fungierte.
- 15 *von Auerswald* (1795–1866) war von Juni bis September 1848 preußischer Ministerpräsident und gehörte 1849/50 der 1. Kammer an, der er auch als Präsident vorstand.
- 16 *von Simson* (1810–1899) gehörte 1848/49 der Nationalversammlung an und war vom 18. Dezember 1848 bis 20. Mai 1849 deren Präsident; 1849/50 war er Mitglied der 2. Kammer und 1858 bis 1867 des preußischen Abgeordnetenhauses, zeitweise dessen Präsident; nach 1867 gehörte er bis 1877 als nationalliberaler Abgeordneter des Wahlkreises Lebus dem Reichstag an, als dessen erster Präsident er von 1867 bis 1873 amtierte; 1879 wurde er nach dem Inkrafttreten der Reichsjustizgesetze der erste Präsident des Reichsgerichts in Leipzig.
- 17 Vgl. *Stenographischer Bericht, Volkshaus*, S. ohne Nummer (325)–330.
- 18 *Stenographischer Bericht, Staatenhaus*, S. ohne Nummer (225), und *Volkshaus*, S. ohne Nummer (323).
- 19 Erstmals publizierte dazu Hermann Niebour in der *Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde*, Band 20 (1911), S. 401–418, zuletzt Friedrich Henning in *Thüringische Forschungen. Festschrift für Hans Eberhardt*. Köln 1993, S. 405–428. Dabei legt Henning – m. E. in diesem Zusammenhang problematischerweise – die Abgrenzung des heutigen Thüringen einschließlich des derzeit zu Sachsen-Anhalt gehörenden unteren Unstruttals, Naumburgs und Weißenfels' zugrunde; die Abgeordneten Nord-Thüringens – z. B. *Friedrich Ludwig Jahn* – kann man aber kaum als *thüringische* Abgeordnete bezeichnen; sie vertraten damals *preußische* Wahlkreise. Niebour hat sich richtigerweise auf die Vertreter aus den damaligen thüringischen Staaten beschränkt und die Abgeordneten der Provinz Sachsen insgesamt gesondert bearbeitet.
- 20 Einen ersten Beitrag hierzu hat der Verfasser in der *Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte* (ZVTG), Bd. 47 (1993 [1994]), S. 99–115, für die Abgeordneten aus den thüringischen Staaten vorgelegt.
- 21 Erinnert sei hier vor allem an die verschiedenen Arbeiten von Wilhelm Heinz Schröder sowie die Veröffentlichungen von Horst Conrad und Bernd Haunfelder zu preußischen Parlamentariern von 1859–1867 und von Berthold Mann zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1867–1918 sowie an die Forschungen in Thüringen und Hessen, die dort von der *Historischen Kommission für Thüringen*, hier von der Kommission *Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen* (jetzt: *Kommission Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen*) betreut werden; vgl. die Einzelnachweise dazu in: Lengemann, Jochen: *Parlamente in Thüringen 1809–1952. Ein Erfahrungsbericht über parlamentarische Lebenslaufforschung in Deutschland und Überlegungen zu einem Forschungsprojekt der Historischen Kommission für Thüringen*. In: 175 Jahre Parlamentarismus in Thüringen (1817–1992). (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen. Heft 1). Erfurt 1992, S. 122–127. Zuletzt erschienen in

- diesem Forschungsfeld für den hessischen bzw. den thüringischen Raum: Lengemann, Jochen: Parlamente in Hessen 1808–1813. Biographisches Handbuch der Reichsstände des Königreichs Westphalen und der Ständeversammlung des Großherzogtums Frankfurt. (Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen 7). Frankfurt am Main 1992 und ders.: Landtag und Gebietsvertretung von Schwarzburg-Rudolstadt 1821–1923, Biographisches Handbuch. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Große Reihe, Nr. 1,1 ; Parlamente in Thüringen 1809–1952 Teil 1). Jena 1994.
- 22 Wahl am 5. März 1850 mit 24 Stimmen von 27 abgegebenen Stimmen bei 40 anwesenden Abgeordneten; Verhandlungen des am 14. Juli 1849 eröffneten Kurhessischen Landtags. II. Band. Kassel 1850. Nr. 43, S. 30 f.
 - 23 Wahl am 21. März 1850 mit 44 von 68 abgegebenen Stimmen; Stenographischer Bericht, S. 57.
 - 24 Verhandlungen des am 14. Juli 1849 eröffneten Kurhessischen Landtags. II. Band. Kassel 1850. Nr. 45, S. 24, und Stenographischer Bericht, Staatenhaus, S. 55.
 - 25 Aller Überlieferung nach war Henkel *lutherisch*; nur Stahr, aaO, Bd. 12, S. 14, bezeichnet ihn als „ref.“
 - 26 Stenographischer Bericht, Staatenhaus, S. 52; vgl. auch StA Marburg Best. 135 Nr. 1246; von der Regierung waren außer *Dr. Marc* der Landtagsabgeordnete *Robert Varnhagen* und *Dr. Adolf Speyer* für die Wahl ins Staatenhaus vorgeschlagen worden.
 - 27 Wahl am 5. März 1850 im dritten Wahlgang; im ersten Wahlgang erhielt Abg. *Pfeiffer* 17 von 27 abgegebenen Stimmen bei 40 anwesenden Abgeordneten, im zweiten wiederum 17 Stimmen und im dritten bei 37 anwesenden Abgeordneten 18 Stimmen von 27 abstimmenden Abgeordneten bei neun Stimmen für Abg. *Dr. von Sybel*; daraufhin erklärte der Präsident *Pfeiffer* „somit für gewählt“; Verhandlungen des am 14. Juli 1849 eröffneten Kurhessischen Landtags. II. Band. Kassel 1850. Nr. 43, S. 30 f..
 - 27a Wahl mit 97 Stimmen; Stenographischer Bericht, Volkshaus, S. 65.
 - 28 Wahl am 12. März 1850 mit 21 von 22 abgegebenen Stimmen bei 34 anwesenden Abgeordneten; Verhandlungen des am 14. Juli 1849 eröffneten Kurhessischen Landtags. II. Band. Kassel 1850. Nr. 45, S. 1. Neben *von Roques* hatte die Staatsregierung den Obergerichtsrat *Otto Neuber* und den Kammerherrn *Rudolph von Keudell* vorgeschlagen.
 - 29 Wahl am 25. März 1850 mit 97 Stimmen bei 72 Stimmen für Abg. *Langerfeld* (Braunschweig), zwei Stimmen für Abg. *Urlichs* (Greifswald) und je einer Stimme für Abg. *von Bodelschwingh* (Berlin) und Abg. *Hergenhausen* (Wiesbaden); Stenographischer Bericht, Volkshaus, S. 62. Wiederwahl am 20. April 1850 mit 116 Stimmen bei 69 Stimmen für Abg. *Urlichs*, je vier Stimmen für Abg. *von Brandt* (Berlin) und *von Selchow* (Lauenburg), je drei Stimmen für die Abg. *Prinz Adolph von Hohenlohe* (Koschenthin) und *Langerfeld* und je einer Stimme für die Abg. *Hergenhausen*, *Kaulfuß* (Nakel) und *von Mitschke* (Schützendorf); Stenographischer Bericht, Volkshaus, S. 241.
 - 30 Die Wahl in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont fand am 31. Januar 1850 statt; *Schumacher* erhielt 53 von 61 Wahlmännerstimmen, darunter u.a. die seines Vorgängers als Landtagspräsident *Wilhelm Groscurth*, seiner Nachfolger *Wilhelm Schumann* und *Ludwig Severin* (1867 erster Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Fürstentümer Waldeck und Pyrmont [Nationalliberaler]) und des führenden pyrmontischen Abgeordneten *Carl Rudolph Waldeck*, der lange Jahre in Arolsen Landtagsvizpräsident und in Pyrmont Präsident des Spezial-Landtags für den Staatshaushalt des Fürstentums Pyrmont war; StA Marburg Best. 121 Nr. 4032.
 - 31 Wahl am 12. März 1850, nachdem der ursprünglich ins Staatenhaus gewählte Abg. *Wippermann* wegen seiner Wahl ins Volkshaus die Annahme der Wahl abgelehnt hatte, mit 21 Stimmen bei insgesamt 34 anwesenden Abgeordneten und einem Votum für *Karl Bernhardt*.
 - 32 Wahl am 21. März 1850; bei der Wahl hatte Abg. *Dr. von Sybel* wie Abg. *Oesterreich* 34 von 68 Stimmen erhalten; das daraufhin gezogene Los entschied zugunsten *von Sybels*; vgl. Stenographischer Bericht, Staatenhaus, S. 57.
 - 33 So lt. Thiele, aaO, Bd. 8, S. 322, in der auf dem Kirchenbucheintrag basierenden Veröffentlichung in der *Casselerischen Polizey- und Commerzien-Zeitung*; in der Familientradition: Sigismund.
 - 34 Verhandlungen des am 14. Juli 1849 eröffneten Kurhessischen Landtags. II. Band. Kassel 1850. Nr. 45, S. 24, und Stenographischer Bericht, Staatenhaus, S. 55.
 - 35 Verhandlungen des am 14. Juli 1849 eröffneten Kurhessischen Landtags. II. Band. Kassel 1850. Nr. 45, S. 24, und Stenographischer Bericht, Staatenhaus, S. 55.
 - 36 *Becker* (Gotha), *Briegleb*, *Hoffmann* (Meiningen), *von Lindenau*, *von Wydenbruck*.
 - 37 *Bernhardt*, *Förster* (Hünfeld), *Henkel*, *L. Schwarzenberg*, *Werthmüller*, *Wippermann*.
 - 38 *Henkel*, *Wippermann*.

- 39 *Fischer, Liebmann, Weißenborn.*
- 40 *Eberhard, von Eschwege, Nebelthau, Friedrich Pfeiffer, Rang, Schumacher, von Sybel, Waitz von Eschen.*
- 41 *Rebling, von Röder, von Speßhardt, von Stein, Stemler.*
- 42 *Backhaus, Förster (Hünfeld), Henkel, Hildebrand [später auch in Sachsen-Weimar-Eisenach], L. Schwarzenberg, Wippermann.*
- 43 *Bernhardi (1867–1871), Ph. Schwarzenberg (1880–1884).*
- 44 *Becker (Gotha), Briegleb, Schüler.*
- 45 *Briegleb (1871–1872), Hoffmann (Meiningen) (1867–1871).*
- 46 *Bergfeld.*
- 47 *Eberhard (Kurfürstlicher Landtag), von Eschwege (Kurfürstlicher Landtag), Henkel (Kurfürstlicher Landtag), Nebelthau (Kurfürstlicher Landtag, später auch Preußisches Herrenhaus), Schenck zu Schweinsberg (Kurfürstlicher Landtag), Schumacher (Waldeckischer Landtag), von Sybel (Preußisches Abgeordnetenhaus), Uloth (Preußisches Abgeordnetenhaus), Waitz von Eschen (Kurfürstlicher Landtag, später auch Preußisches Herrenhaus), Wippermann (Kurfürstlicher Landtag).*
- 48 *Wagner (1867–1880), von Watzdorf (1867).*
- 49 *Nebelthau (1867–1871), Schenck zu Schweinsberg (1867), von Sybel (1867).*
- 50 *Bernhardi, Briegleb, Hoffmann (Meiningen), Nebelthau, von Sybel, Wagner.*
- 51 *Ph. Schwarzenberg.*
- 52 *Schenck zu Schweinsberg, von Watzdorf.*
- 53 *Rang, Uloth.*
- 54 *von Eschwege, Waitz von Eschen, Wetzell.*
- 55 Für *Alberti* und *Stemler* ist das z. B. belegt in: Schmidt, Friedrich Lorenz: *Geschichte der Stadt Zeulenroda im thüringischen Vogtland*. 2. Band, 2. Teil. Weimar 1953, S. 800.
- 56 *Stenographischer Bericht, Volkshaus, S. 323.*